

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1928

143 (21.6.1928)

Volkstfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Belegpreis monatl. 2.50 M., o. ohne Zustellung 2.20 M., o. durch die Post 2.66 M. Einzelhefte 10 Pf. Sonntags 15 Pf. o. Erscheint 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Nachmittags 2.30 Uhr. o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. D., Währstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Telegrafisch: Jülicher: Deutsch, Westendstraße 22. Baden-Baden, Friedrichstraße 28. Rastatt, Friedrichstraße. Offenburg, Cengstraße 28

Beilagen: Illustrierte Wochenbeilage „Volk und Zeit“ Die Musikstunde / Sport und Spiel / Feimat und Wandern Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen — Frauenclub

Bezugpreis monatl. 2.50 M., o. ohne Zustellung 2.20 M., o. durch die Post 2.66 M. Einzelhefte 10 Pf. Sonntags 15 Pf. o. Erscheint 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Nachmittags 2.30 Uhr. o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. D., Währstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Telegrafisch: Jülicher: Deutsch, Westendstraße 22. Baden-Baden, Friedrichstraße 28. Rastatt, Friedrichstraße. Offenburg, Cengstraße 28

Nummer 143 Karlsruhe, Donnerstag, den 21. Juni 1928 48. Jahrgang

Noch nicht weiter

Die Sozialdemokratie behält jedoch die Führung

Beratung über Hermann Müllers Vorschläge

Am Mittwoch nachmittag 5 Uhr traten in Berlin die Mitglieder der an der Regierungsbildung beteiligten Parteien unter dem Vorsitz des Abg. Müller-Franken auf die Beratung über die Vorschläge des Abg. Müller-Franken zu einer Vorseparierung der Fraktionen unterbreiteten Vorschläge die die nächsten Aufgaben der Regierungspolitik betreffen. Diese Vorschläge Hermann Müllers waren aufgestellt worden, um die in den vorhergegangenen Konferenzen gegebenen Anregungen in einer Reihe von Punkten zu vereinigen und unter Vorbehalt reaktioneller Änderungen aufzustellen. Bei anderen Fragen ergaben sich zum Teil wichtige Meinungsverschiedenheiten, so hinsichtlich der gesetzlichen Festlegung des 11. August als nationalen Feiertag. Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum und Bayerische Volkspartei sind bereit, diese gesetzliche Festlegung vorzunehmen, mit der Einschränkung, daß wie das in Baden der Fall ist, für dringende Arbeiten gegebenenfalls Ausnahmen gestattet werden. Weiterhin konnte keine völlige Übereinstimmung erzielt werden in denjenigen Punkten, die sich die Durchführung eines Amnestiegesetzes vor der Eröffnung des Reichstags, auf die Abschaffung der Todesstrafe und auf die vorbehaltlose Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens beziehen. Hinsichtlich bestehen nach wie vor Differenzen bezüglich der Erweiterung der Mitbestimmung der Arbeiter bei der Gestaltung der Wirtschaft und ebenso der Frage des Arbeitslohns.

Die Beratung über mehrere Punkte der Vorschläge steht aus. Sie ist einer Sitzung vorbehalten, die für Donnerstag vormittags 10 Uhr anberaumt wurde. Was das Problem der Umänderung der preussischen Regierung angeht, so erklärte die Deutsche Volkspartei zu Beginn der Besprechung, daß ihre Beteiligung an weiteren Verhandlungen nicht etwa einem Verzicht auf ihre bekannten aus Preußen bezüglichen Forderungen bedeute.

Am 7 Uhr trat die sozialdemokratische Reichsversammlung zu einer Sitzung zusammen, die zu dem Zweck die des Genossen Müller-Franken Stellung nehmen sollte. Sie vertrat sich ohne Debatte auf Donnerstag nachmittag 4 Uhr.

Volkspartei wolle sich mit einer Garantie dafür begnügen, daß man sie in die preussische Regierung später aufnehmen werde. Voraussetzung ist eine von der Volkspartei gegebene Garantie, daß sie den bisherigen republikanischen Kurs in Preußen unterstützen werde. Wird die Volkspartei bereit sein, diese Garantie zu geben? Auf alle Fälle sind Verhandlungen, die zu einem derartigen festen Garantieaustausch führen, im Augenblick wohl möglich. Der Gedanke aber, die Entscheidung im Reich so lange hinauszuschieben, bis — nach Wochen oder Monaten! — auch in Preußen eine Entscheidung getroffen werden kann, ist undistastabel. Die Möglichkeit zur großen Koalition zu kommen, liegt man sich immer weiter in die Ferne verlieren. Würde die Bildung der großen Koalition zurzeit scheitern, so wäre das für die Sozialdemokratie noch lange kein Grund, die Führung aus der Hand zu geben. Dann bleibt eben nur noch eine sozialdemokratisch geführte Regierung, die vor den Reichstag tritt und sich dort für ihre Arbeit eine Mehrheit sucht. Jede andere Regierung, mit der man es am Ende doch versuchen wollte, würde auf eine entschiedene Opposition der Sozialdemokratie stoßen.

Nach der täglichen Rundschau verharret die Deutsche Volkspartei auf ihrem Standpunkt hinsichtlich der Regierungsbildung in Preußen. Das Blatt schreibt: Die Deutsche Volkspartei kann es mit ihren politischen Grundrhythmen nicht vereinbaren, wenn sie bei Beteiligung an einer großen Koalition im Reich gleichzeitig im größten Lande von der Regierung ausgeschlossen würde. Wenn die starke Geltung des preussischen Ministerpräsidenten und der preussischen Regierungspartei die Regierungsbildung im Reich schwieriger gestalten sollte, so muß die Deutsche Volkspartei auf jeden Fall die Verantwortung hierfür ablehnen.

Sozialdemokratie für Sicherung der Frauenrechte

Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht:

Die Reichsregierung wird ersucht, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Rechtsstellung der Frau gemäß Artikel 119 der Verfassung sichert.

Außerdem wurde beantragt: Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung zu ersuchen, mit größter Beschleunigung dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Rechtsstellung des anhersehlichen Kindes im bürgerlichen Gesetzbuch in Einklang mit Artikel 121 der Reichsverfassung regelt.

Rückständigkeit in Frankreich

Der französische Senat lehnte mit 176 gegen 123 Stimmen einen radikalen Antrag ab, einen Bericht über das aktive und passive Wahlrecht der Frauen auf die Tagesordnung der Sitzung vom 6. Juli zu setzen.

Die Bremenflieger in Berlin

Die Bremenflieger lebten gestern von Bremen mit dem Zunftersflugzeug „Europa“ ihre Reise nach Berlin fort, nachdem sie programmäßig in Hamburg eine kurze Zwischenlandung vorgenommen hatten.

Berlin hat sich zum Empfang der Bremenflieger festlich geschmückt. Alle öffentlichen Gebäude haben geflaggt und auch zahlreiche Privathäuser zeigen Fahnen in den Farben des Reiches, Preußens, der Länder und der Stadt Berlin. Mehrere Stunden vor der Ankunft der Flieger setzte bereits eine wahre Wälderwanderung nach dem Tempelhofer Flughafen ein.

Der Jubel bei Ankunft der Flieger in Berlin-Tempelhof kannte keine Grenzen. Während der Empfangsfeierlichkeiten auf dem Tempelhofer Feld waren zahlreiche Zuschauer von Ohnmacht befallen worden, jedoch die Samariter alle Hände voll zu tun hatten.

Zu Ehren der Ozeanflieger fand abends in den Festhallen von Kroll ein Bankett statt, dem zahlreiche offizielle Persönlichkeiten beiwohnten. Es sprachen u. a. Reichsvertehrminister Koch, Major Fitzmaurice (in englischer Sprache), v. Bünefeld, KdM, Reichstagspräsident Lösser erinnerte an die Flüge Chamberlains und Lezines und Dr. Edeners, die eine gleiche Dankbarkeit und Anerkennung für die Pioniere der Luft in allen Ländern ausgelöst habe. Er schloß die Hoffnung und hob sein Glas auf die Verständigung der Völker, deren Banner hier bereit die Straße schmücken. Die Kavalle spielte hierauf der Reihe nach die irische, englische und amerikanische Nationalhymnen. Den Abschluß des Empfangstages der Bremenflieger bildete ein prächtiges Feuerwerk auf dem Tempelhofer Feld und ein Fackelzug, der vor den Festhallen des Kroll-Etablissements Halt machte.

Der Führer der Bremen, Hauptmann a. D. Köhl gedachte in seiner Ansprache der Arbeiter, die an seinem Flugzeug mitgearbeitet haben. In hohen Worten der Anerkennung sprach er von den Wertmeistern und Monteuren, die in Vessau zur Fertigstellung der Bremen beitrugen und damit erst seinen Erfolg möglich gemacht haben.

Es trifft im übrigen zu, daß die Belegung der Bremen der Aufforderung des Stahlhelms zu einer großen Veranstaltung im Sportpalast Folge geleistet hat.

Nobile bekommt Lebensmittel

Rom, 20. Juni. Major Maddalena berichtet, daß er beim Ueberfliegen des Lagers Nobiles 5 Personen gesehen habe, die vollkommen munter waren, gestülpten und auf das Herabwerfen von Proviant warteten. Maddalena hat 300 Kilo Proviant abgemoren. Der Kommandant der „Citta di Milano“ erwartet Nachrichten von Nobile über das Ergebnis des Proviantabwurfes.

Deutsch-französisches Zusatzabkommen

Die seit einiger Zeit zwischen Deutschland und Frankreich zur Ergänzung des im August vorigen Jahres unterzeichneten Handelsabkommens geführten Wirtschaftsverhandlungen sind nunmehr beendet worden. Der deutsche Vorkonferenzen v. Bösch und Ministerialdirektor Pöschke auf deutscher Seite und Außenminister Briand, sowie Handelsminister Bokanowski auf französischer Seite haben am Mittwoch Morgen ein Zusatzabkommen unterzeichnet, welches die Auslegung strittiger Bestimmungen des Handelsabkommens behandelt.

Preußens Stabilität muß bleiben

Otto Brauns Antwort an die Volkspartei

Berlin, 20. Juni. (Eig. Bericht.) Die Deutsche Volkspartei, die immer noch bemüht ist, die Regierungsbildung im Reich mit der Regierungsbildung in Preußen zu verbinden, hatte heute vormittags den Führerauschuß ihrer Fraktion unter Führung des Reichstagsabgeordneten Stenkel zum preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun geschickt, um noch einmal zu erfahren, wie sich zur Umbildung der preussischen Regierung stelle.

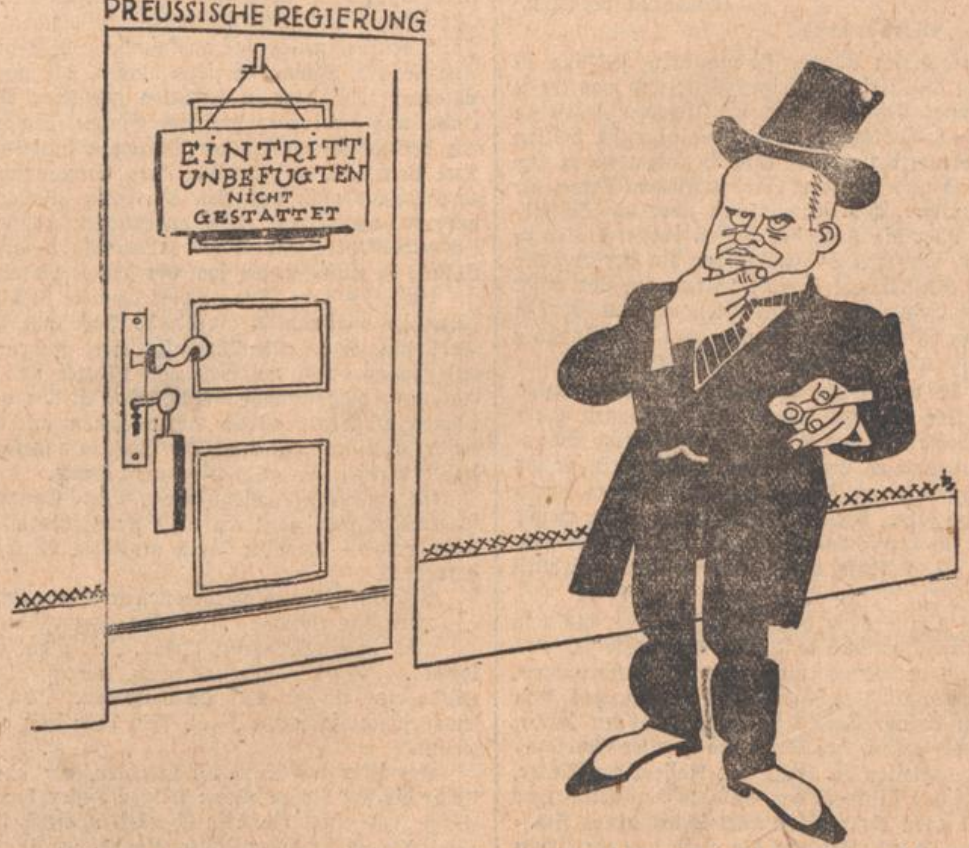
Ministerpräsident Braun hat rund heraus erklärt, daß es ihm unmöglich abwesend erscheine, die Frage der Zusammenlegung der preussischen Regierung von der Regierungsbildung im Reich abzuurteilen zu machen. Die Ansicht, daß die preussische Staatsregierung so zusammengesetzt sein müsse, daß sie eine Homogenität mit der Reichsregierung ergäbe, teile er nicht. Die Zusammenlegung der preussischen Regierung müsse sich ebenso, wie grundsätzlich bei Regierungsbildungen anderer Länder zum Ausdruck kommen, wie dies der Landtag und nicht nach der Parteikonstellation des Reichstags richten. Nur der Befolgung dieses Grundgesetzes habe Preußen bisher eine stabile Politik treiben und es vermeiden können, in die mannigfachen Regierungskrisen im Reich hineingezogen zu werden. Bei den preussischen Koalitionsparteien und bei ihm, dem Ministerpräsidenten, bestehe daher zur Zeit keine Neigung, über eine Aenderung der Regierungszusammenlegung in Preußen zu verhandeln. Es könne einmal und allein von den staatspolitischen Notwendigkeiten Preußens ab, wenn über eine Verbreiterung der Regierungsbasis in Preußen zu verhandeln wäre.

Der Abg. Dr. Wiemer, der anscheinend als Nachfolger für den vom Fraktionsvorsitz zurückgetretenen Abg. v. Campe zu bezeichnen ist, hat dem geschäftsführenden Abgeordneten des Zentrum, dem Landtagsabg. Dr. Graß, mitgeteilt, daß die Deutsche Volkspartei bereit sei, über eine Erweiterung der Regierungsbasis in Preußen zu verhandeln. Die Erklärung Dr. Wiemers ist von dem Vorsitzenden des Zentrums weitergeleitet worden. Die Zentrumskoalition ist aber a. Zt. nicht verhandlungsfähig, da sie sich nach der gestrigen Sitzung bis zum 10. Juli vertagt hat.

Pessimismus über die große Koalition

In den Kommentaren der Blätter zu den bisherigen Verhandlungen über die Regierungsbildung kommt starker Pessimismus zum Ausdruck. Am wenigsten hoffnungsvoll ist der Vorwärts, der u. a. erklärt: Es heißt jetzt, die

Preußen und die Volkspartei.



„Dier Jahr geht es nun ohne mich — ein Beweis, daß es so nicht weiter geht...“

Das württembergische Zentrum wurfelt weiter

Stuttgart, 20. Juni. (Eig. Meldung.) Die politische Aussprache im württembergischen Landtag nahm am Mittwoch ihren Fortgang, brachte aber noch keine Klärung der Lage. Für die Rechtsparteien sprachen Abg. Sträßel vom Bauernbund und Abg. Bod vom Zentrum. Beide zogen gemeinsam gegen den Unitarismus der Linken zu Felde und behaupteten, daß mit der Linken keine Wirtschaftspolitik getrieben werden könne, durch die der Not der Landwirtschaft gesteuert werde. Der Zentrumredner bemühte sich vergeblich um den Nachweis, daß der Wahlaußfall in Württemberg keinen Aufbruch nach links darstelle, sondern vielmehr eine Stärkung der Mittelparteien als Ganzes feststellen sei. Das Zentrum betrachte die jetzige Regierungsabstimmung nach wie vor als Zwischenschritt, aber es bestreite, daß die Verfassung die Annahme eines positiven Vertrauensvotums nötig mache. Das war die Ankündigung, daß das Zentrum fortzuwurzeln und die Lage parteipolitisch so gut wie möglich auszunutzen beabsichtigt. Es wird natürlich von dem Ausfall der Abstimmung abhängen, ob diese Berechnung richtig ist.

Eine ganz wirkungsvolle Rede hielt der Demokrat Scheef, der das Zentrum an die Zeit erinnerte, in der es gemeinsam mit der damals für die Haltung der Gesamtregierung maßgebenden Sozialdemokratie wertvolle Aufbaubarbeit geleistet habe. Der Wille der Wählerschaft erheische Beachtung und er wolle dringend auf die Durchführung der großen Koalition. Er warne davor, die Arbeiterschaft nicht als gleichwertig anzuerkennen und sie dadurch in eine staatsfeindliche Opposition hineinzutreiben.

Nachdem der Kommunist Schönd eine Waid- und Wiesenagitationsrede gehalten und sich dabei besonders an der Sozialdemokratie gerieben hatte, wurde die Verhandlung vertagt. Von der Sozialdemokratie und von den Demokraten sind Mißtrauensanträge eingebracht worden.

Bayerns Regierung formell zurückgetreten

Gemäß den Bestimmungen der bayerischen Verfassung sind die Mitglieder der bayerischen Regierung Feld am Mittwoch, also am Tage vor dem Zulammentritt des neuen Landtages, von ihren Ämtern zurückgetreten. Sie führen bis zur Neubildung des Ministeriums die Geschäfte weiter. Wichtigere als diese politische Formale ist die endgültige Scheitern der Verhandlungen zwischen den Abgeordneten der Deutschen Volkspartei und der Deutschen nationalen Fraktion zum neuerlichen Zusammenschluß einer Fraktionsgemeinschaft, wie sie in den letzten 9 Jahren der bayerischen Parlamentspolitik bestanden hat. Der Bruch ist im wesentlichen auf die Streikmanneute zurückzuführen, die von Berlin aus zu diesem Entschluß gedrängt wurden.

Am Mittwoch konstituierte sich auch die um 11 Mann verstärkte, nunmehr 34 Abgeordnete zählende sozialdemokratische Landtagsfraktion. Zum Vorsitzenden wurde wiederum Genosse Johannes Timm gewählt.

Kranzösische Stabilisierungsdebatte

Paris, 20. Juni. (Eig. Draft.) Die Stabilisierungsdebatte in der Kammer wird durch längere Erklärungen eingeleitet, die Ministerpräsident Poincaré über die Gründe der Stabilisierung abgibt. Auf Wunsch der Regierung wird die Kammer die Interpellationsdebatte auf die nächste Woche verschieben. Nach der einseitigen Abgeordnete Walter hat sich bereit erklärt, die Wiedereröffnung seines Antrages auf sofortige Haftentlassung Rosses und Müllers bis zur Erledigung des Stabilisierungsgeschäftes hinauszuschieben.

Im übrigen setzt sich immer mehr, daß die Kammer entschlossen ist, der Einköpfung der Wähler, die bei den Wahlen nur unvollkommenen Ausdruck gefunden hat, Rechnung zu tragen. Auch die noch nicht in bestimmter Richtung festgelegten Abgeordneten des Zentrums vermögen sich dieser Entwicklung schwer zu entziehen. Doch will man unter allen Umständen eine Aftte vor der Stabilisierung vermeiden. Das ist der Grund, warum die Linksparteien sich augenblicklich bemühen, die Erregung der Rechten zu beschwichtigen. Bei all diesen Beschwichtigungsversuchen handelt es sich jedoch aller Voraussicht nach lediglich um einen Waffenstillstand zwischen den Parteien, der kaum über den Herbst hinaus anhalten dürfte. Die Gegensätze sind in allen Parteien zu tiefgehend, als daß ihre Zusammenführung durch die Formel der nationalen Einheit auf die Dauer möglich wäre.

Königsberger Stadtverordnetenversammlung aufgelöst
Die Königsberger Stadtverordnetenversammlung wurde auf einen sozialdemokratischen Antrag hin aufgelöst.

Sappho

Pariser Sittenbild von Alphonse Daudet

(Nachdruck verboten.)

24 (Fortsetzung.)
Fanny war die Seele dieser Abende, sie plauderte, sie sang, sie spielte die unterrichtende Pariserin der feinen Welt; und was ihr so von ihrer tolen Vergangenheit und dem Weltleben geliebten war, das bemerkten diese Ausländer nicht, oder aber sie fielen es äußerst schick. Sie blendete sie durch ihre Beziehungen zu den Berühmtheiten der Kunst und Literatur; der zünftigen Dame, die für Devoles Werke schwärmte, gab sie Auskunft über die Schreibweise des Romanclers, über die Zahl der Tassen Kaffe, die er in einer Nacht zu sich nahm, über den Spottpreis den die Verleger der „Candirette“ für dieses Meisterwerk gezahlt hatten, das ihr Glück gemacht hatte. Und die Erfolge seiner Geliebten machten Goussin so stolz, daß er ganz seine Eifersucht vergaß und gern ihre Angaben betätigt hätte, wenn sie jemand etwa bezweifeln wollte.

Während er sie so in dem friedlichen Lampenlicht des Salon bewunderte, wie sie den Tee servierte, den Gesang der jungen Peruanerinnen am Klavier begleitete und ihnen wie eine ältere Schwester Ratsschläge gab, dann war es für ihn ein eigener Reiz, sie sich so ganz anders vorzustellen, wenn sie am Sonntag morgen durchnäht und frierend zu ihm kam. Welche Umarmungen dann, welche heißen Küsse, die Nacht für den Zwang einer ganzen Woche, dieses gegenfällige Entbehren, das ihrer Liebe das lebendige Schenken wahrte.

Die Stunden flogen dahin, ohne daß sie es merkten; bis zum Abend lauschten sie ihre Liebeshörner aus. Nur das reiste sie, sonst nichts, kein Vergnügen, kein Beisud, nicht einmal die Bettomas, die sich aus Sparjamkeitssüchtigen entschlossen hatten, auf dem Lande zu wohnen. Ein kleiner Imbiss stand neben ihnen bereit, und so hörten sie, ganz verunken, den Lärm des Pariser Sonntags auf der Straße toben, das Pfeifen der Büse, das Rasseln der Biker, und der in Strömen auf das Zinddach des Balkons herabprasselnde Regen und das eilige Wogen ihrer Brust beleuchteten dieses Fernsein von allem Leben, unbefürmert um die Zeit bis zur Dämmerung.

Das Gas, das gegenüber in den Bureaus angezündet wurde, warf seinen fahlen Schimmer auf die Tapeten, dann blieb es aufbrechen, da Fanny um sieben Uhr heimkehren mußte. Im trüben Scheine des Zimmers erschien ihr ganzes, lebiges, langweiliges

Schüsse im Belgrader Parlament

WTB, Budapest, 20. Juni. Nach einer Meldung aus Belgrad kam es heute mittag in der Stupichina zu großen Tumulten. Der radikale Abg. Puniša Racie zog einen Trommelrevolver und gab auf die Reihen der Raditschpartei mehrere Schüsse ab. Paul Raditsch, der Neffe des kroatischen Bauernführers Stefan Raditsch, wurde von einer Kugel tödlich getroffen. Die Abgeordneten der Bauernpartei Dr. Fernar und Dr. Vafaricet wurden schwer verletzt. Puniša Racie wurde von den Saadbienern der Polizei übergeben.

Belgrad, 20. Juni. Die Sitzung des Ministerrats dauerte bis halb 9 Uhr abends. Von einem führenden Regierungsmittglied wurde erklärt, die Regierung gedenke nicht zurückzutreten, da sie für die Mordtat keinerlei Verantwortung trage. Trotzdem wird die Lage der Regierung als unsicher angesehen.

Die Nationalversammlung ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Der Abgeordnetensklub der kroatischen Bauernpartei hat die Annahme der Beileidschreiben der Regierungspartei und selbst des Ministerpräsidenten abgelehnt. In den Kreisen der Bauernpartei wird erklärt, man habe Beweise dafür, daß die Mordtat vorbereitet und organisiert worden sei.

Belgrad, 20. Juni. Der Zustand Stefan Raditschs ist am heutigen Abend unverändert. Es sind am Nachmittag zwei Universitätsprofessoren aus Agra mittels Flugzeug hier eingetroffen, um ihn zu untersuchen. Obwohl die Verletzung nicht lebensgefährlich ist, besteht doch Gefahr, da Raditsch untertraut ist. Der Zustand des verletzten Dr. Fernar hat sich heute abend verschlimmert.

Brand in der Berliner Untergrundbahn

Feuer im Tunnel

Berlin, 20. Juni. In Charlottenburg geriet heute nachmittags kurz nach 4 Uhr im Tunnel der Untergrundbahn ein Delfiliter in Brand. Das Feuer griff auf eine in der Nähe gelegene Werkstatt und einen Lageraum über und verurteilte eine starke Verqualmung der beiden Bahntunnels, jedoch der Verkehr auf dieser Strecke mehrere Stunden lang unterbrochen wurde.

Wieder daheim.



„Ne, Herr Pastor, det schöne Wort: „Volles Stimmme ist Jofes Stimmme“, det hat nur früher mal sejollen, als wir noch mit de Stimmzettel moageln durften!“

In dem Augenblick, als der Brand auf dem Berliner Untergrundbahnhof Bismarckstraße ausbrach, verließ gerade ein Zug den vom Zoologischen Garten kam und nach dem Wilhelmplatz fuhr. Die Passagiere, die bereits unruhig geworden waren, auf, schlemmten den Zug zu verlassen. Auf diese Nachricht des Führers brach unter den Fahrgästen eine Panik aus, zumal der Rauch im Tunnel von Sekunde zu Sekunde berart sich verstärkte, daß man kaum noch ein paar Meter weit sehen konnte. Führer und Schaffner brannten Pöcker an und brachten die Passagiere auf die Gleise hinaus. Mehrere Frauen bekamen Schreckkrämpfe. Ein kleines Mädchen löste mehrere andere Personen fielen in Ohnmacht, konnten jedoch von sonnenern Fahrgästen in Sicherheit gebracht werden. Die Passagiere stürmten dann ins Freie. Die Untergrundbahn hofft, den Betrieb wenigstens bis zum Wilhelmplatz, bereits morgen früh durch einen Notverkehr wieder aufnehmen zu können.

Völkische Bank in Konkurs

300 Geschäftsleute ruiniert

Laut Vorwärts steht die „Mittelstands- und Kreditbank“ in Berlin, Magdeburger Platz, vor dem Konkurs. Die völkische Bank wurde im Juni vorigen Jahres gegründet. Als Gründer traten mehrere Reichsradikale auf. Die Bank sollte mitwirken, die völkischen Pläne Sillers zu unterstützen. Die Bank hat es im Laufe eines halben Jahres verstanden, 300 Geschäftsleute zu finden, die sich in Vorkontoverbindung mit ihr einließen. Jeder dieser 300 Geschäftsleute muß nach dem Zusammenbruch dieser Bank damit rechnen, daß er sein Geschäft ruiniert, um die Summen aufzutreiben, die er nach dem Haftpflichtgesetz für die Schulden dieser Bank zahlen hat.

Soll dies wohl die nationalsozialistische Methode sein, „jüdischen Kapitalismus“ zu vernichten? Die nationalsozialistischen Nachläufer unter den Kleinrentnerbetreibenden werden wohl helle Freude haben!

Hindenburgschleuse eröffnet

In Gegenwart des Reichspräsidenten wurde Mittwoch die Hindenburg-Schleuse bei Anderten und der Kanal Hannover-Weine-Hildesheim eröffnet.

In seiner Begrüßungsansprache führte Oberpräsident Kossow aus, unter aller Wunsch ist, daß unter Leitung des Reichspräsidenten der Wiederaufbau und die Wiedergewinnung unaufhaltsam weiter gehe. Reichspräsident v. Hindenburg erwiderte mit Dankesworten und schloß: Ich glaube an den Wiederaufstieg des Vaterlandes, des, wenn wir einig sind.

Wieder einmal „Spionageprozess“

Leipzig, 20. Juni. (Eig. Draft.) In weitläufigen Verhandlungen hatte sich der kommunistische Journalist Valentin Gabel aus Kassel wegen Vorbereitung zum Hochverrat, verühter Spionage und Bestechung vor dem vierten Straifenat des Reichsgerichts zu verantworten. Das Gericht verurteilte Gabel wegen Verbrechen nach § 7 des Republik-Schutzes, verühter Verrat mittelständischer Geheimnisse und Bestechung zu 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und 150 M Geldstrafe. Gabel wurde sofort in Haft genommen, da er fluchtverdächtig sei. Die verühtete Spionage hatte das Gerichte darin erblickt, daß Gabel an Reichswehrsoldaten herantrat, die nachrichtlich, die geheim zu halten waren, in die Hände zu bekommen und sie für einen kommunistischen Umsturz (!!) zu verwenden. Gabel wäre Heberzeugungstäter! Das Gericht habe ihm infolge der Schwere seines Vergehens mildernde Umstände verlesen zu müssen.

Trotzdem Gabel also Heberzeugungstäter war, sind ihm mildernde Umstände verlesen worden. Welches ist dasjenige die Praxis bei „Heberzeugungstätern“ von rechts? D. Red.)

Spreeherwechsel im Unterhaus

Im Unterhause stellte der Sprecher Whiffen formell das Gesuchen, mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand von seinem Amte das er seit über sieben Jahre inne gehabt hat, bei Schluß der morgigen Unterhausung entlassen zu werden. Nach Genehmigung des Gesuchs soll der konservative Fiskos als Sprecher gewählt werden.

jammervolles Leben noch drücker, noch arastarer, während sie ihren noch vom Hinwege durchnähten Paletot anzog.

Und was ihren Kummer noch besonders erhöhte, das waren die geliebten Gegenstände um sie her, die Möbel, das keine Ankleideschimmer aus vergangenen schönen Tagen. Sie riß sich los: „Komm! . . .“ und um länger beisammen zu bleiben, begleitet Johannes sie zurück; eng aneinandergepreßt gingen sie langsam die Avenue der Champs-Élysées hinauf, die mit ihren zwei Reihen Laternen, mit dem in Schritten gebillten Arc de Triomphe am Ende, und zwei oder drei am Himmel erglänzenden Sternen sich wie der Hintergrund eines Diaromas ausnahm. An der Ecke der Rue Bergolese, in der Nähe ihres Pensionats, hob sie den Schleier um Abhiebsschuh und ließ ihn dann allein, ganz außer Fassung gebracht, von seinem Seim angewidert, wohin er so spät als möglich zurückkehrte, das Gend verwirrend und fast zornig auf die Seinen in Casselet, die ihm ein solches Opfer auferlegten.

Zwei bis drei Monate verlebten sie in dieser Weise, die ihnen schließlich unerträglich wurde, da Johannes seine Wünsche in dem Pensionat eines Diensthofenklartisches wegen einschränken mußte, und Fanny durch den Geiz von Mutter und Tochter Sandes immer mehr ausgebraucht wurde. Im Stillen dachte sie daran, ihren kleinen Haushalt wieder aufzunehmen und merkte, daß ihr Geliebter ebenfalls auf demselben Punkte angekommen war, sie wollte lieber warten, bis er zuerst davon sprach.

An einem Moienionntage erschien Fanny, adretter als sonst, in einem Hut, ganz einfacher Frühjahrsstoffe, — man war ja nicht reich — die aber ihren präziösen Wuchs auf vorteilhafteste hervorhob.

Schnell, steh auf, wir wollen auf dem Lande frühstücken. . .

„Auf dem Lande?“
„Ja, in Enghien, bei Roia. . . sie hat uns alle beide eingeladen. . .“ Er sagte erst nein, aber sie bestand darauf. Roia würde eine Abgabe niemals versellen. „Du kannst mir zu Liebe schon einmal ja sagen. . . Ich habe doch genug getan, wie mir scheint.“

Am Ufer des Sees bei Enghien, vor einer mächtigen Rosenfläche die sich bis zu einem kleinen Hafen herabzog, in welchen sich einige Jollen und Gondeln schaukelten, erhob sich ein großes reizend verziertes und eingerichtetes Landhaus, in dessen Hofonds und Spiegelmänden das alternde Wasser reflektierte und die herrlichen Laubgänge des Parks, der sich schon mit frischem Grün und blühendem Wiederk schmückte. Die tadellose Kleidung der Dienerschaft, die Wege, auf denen kein Halmchen lag, machten der Doppelaufsicht Rosarios und der alten Pilar alle Ebre.

Man sah schon bei Tisch, als sie ankamen, da eine falsche Zukunft sie eine Stunde lang am See durch keine Gähnen zwischen hohen Gartenmauern umhergeführt hatte. Johannes verlor schmerzhaft seine Fassung bei dem frostigen, unfreundlichen Empfang seitens der Hausfrau, die darüber wütend war, daß man sie warten lassen, und bei dem lombardischen Anblick der alten Fanny, die Roia ihm mit ihrer Fuhrmannsstimme vorstellte. Drei „belle tante“, wie die großen Kolofoten sich untereinander nannten, waren ganz, zusammengeklammerte Figuren aus der Glanzzeit des amerikanischen Reiches, mit Namen so bekannt wie die großen Dichter und freireicher Feldherrn: Wilkie Cob, Sombreuse, Clara Desfosse.

Elegant gewiß das waren sie immer noch, nach der neuesten Mode ausgestattet, in hellen, sommerlichen Farben reizend angezogen, von Kopf bis zu Fuß; aber so verblüht, geschminkt und aufgetupft, Sombreuse ohne Wimpern, mit erloschenen Augen, eine alte, blasse, taufete nur nach ihrem Teller, ihrer Gabel, ihrem Weinglas, die Desfosse fürchterlich dü, streckte auf dem Tisch die ihre armen, abgemagerten, wie die Rinne einer „römischen Frage“. Und endlich die ganz schmähliche Cob, deren jugendliche Wuchs ihr Gesicht, so abgemagert wie das eines kranken Clowen, unter der schlafgelben Perrücke noch abgeklärter machte. Die hatte, ganz ruiniert, ihre Möbel mit Beschlag belegt, einen letzten Coup in Monte Carlo verüht und kam ohne einen Pfennig nach dort zurück, in Liebe zu einem schönen Croupier entkommen, der sie verheiratet hatte; und nun rechnete Roia es sich zum Ruhme an, ihr bei sich Wohnung und Unterhalt zu gewähren.

Alle diese Frauenszimmer kannten Fanny und begrüßten sie mit gähnerhafter Miene: „Wie gehst dir, Kleine?“ Eins war gewiß mit ihrem Kleide, drei Franks der Meter, und ohne allen Schmuck außer der roten Broche, die ihr Kupfer geschenkt hatte, nahm sie sich aus wie ein Rekrut unter diesen entsehligen, alten ausgetriebenen Soldaten der Liebesarmee, welche die kurzweilige Umgestaltung der Reflex des Wassers und des Matshimmels, der vereint mit dem Frühlingssduft durch die Lüften des Speisezimmers hereinströmte, noch geliebter erscheinen ließ.

Da war auch die alte Mutter Pilar, „das Aff“, wie sie sich selbst in ihrem französisch-spanischen Rauberwälsch nannte, eine richtige Meerestute mit vergilbter, runtschiger Haut, einer tierischen Poschheit in den grünlichen Zügen, wie ein Knabe gezeichnet, mit am Ohr bereits ergrautem Haar und einem großen Steuermannsfragen über ihrem Kleide aus altem, schwarzem Atlas.

(Fortsetzung folgt)

Landespolitischer Streifzug

Wer finanziert die Hilterei in Baden? — Abgebligte Stahlhelmbundesleitung — An den eigenen Ohren zupfen — Zierden der Nation

Nachdem wir in unserem letzten landespolitischen Streifzug bereits Veranlassung genommen haben, uns mit dem Verhältnis Nationalsozialismus u. Finanzkapital zu beschäftigen, soll heute das Thema weitergesponnen werden. Von einer zweifelsfrei orientierten Quelle erhalten wir nämlich folgende interessante Mitteilungen:

Es wäre nicht reizlos, einmal der Frage, wer finanziert die Hilterei in Baden ein bißchen nachzuspüren. Wir wollen dabei zunächst einmal von den vielen vaterländischen Versammlungen unter neutraler Flagge absehen, bei denen namhafte Summen an patriotische Gedenkbücher, Reklamewecke usw. eingehen und das Geld in trübe Kanäle geleitet wird.

Am meisten verleiht in Baden ist nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen offenbar der Bezirk Eberbach. Die meisten Hilterei Eberbachs sind in den Dinnwerten beschäftigt und die Arbeiter der Dinnwerte sind fast durchweg nationalsozialistisch. (Wir sind gespannt darauf, ob man nicht den schwerverletzten Dinnwerten, der als einziger nicht nationalsozialistisch sein soll, nicht höchstem auch noch hinausdrängen vermag.)

Wem gehören denn die Dinnwerte? Zur Hälfte dem Geheimen Kommerzienrat Stoeh in Heidelberg und zur anderen Hälfte der amerikanischen Rodat-Gesellschaft. Ob Herr Stoeh, der Vorsitzende des Badischen Industriellenverbandes, den Vorwurf, sein Geld der Hilterei zu stellen, wohl von sich weist? Aber: Der Herr Stoeh, Direktor der Dinnwerte, intimer Freund des Herrn Sittler, der ihn ständig besucht, anerkannter Führer der Nationalsozialisten in Eberbach, ist ein naher Verwandter des Herrn Geheimrat Stoeh! Und unter dem Herrn Stoeh arbeitet der Herr Reichsleiter Stoeh! Und unter dem Herrn Reichsleiter Stoeh arbeitet der Herr Reichsleiter Stoeh! Und unter dem Herrn Reichsleiter Stoeh arbeitet der Herr Reichsleiter Stoeh!

Das ist der nationalsozialistische Agitator für Heidelberg und Umgebungen. Auch hier wird Herr Geheimen Kommerzienrat Stoeh jede Schwierigkeit nach der politischen Stimmung seiner Angestellten weit von sich weisen. Er war schon vorurteilsfrei genug, selber in der vertraulichen Besprechung des Herrn Sittler in Heidelberg in den vorberühmten Reichen zu sitzen. Und nun fragen wir die Prominenten des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller, ob mit ihrem Wissen der Vorsitzende ihres Verbandes den organisatorischen Aufbau einer national- und sozialdemokratischen Organisation ermöglicht?

Der Verband Südwestdeutscher Industrieller u. Kaufleute wird wohl nicht umhin können, sich mit diesen Vorgängen, die durch eine ihm nahestehende Quelle zu unserer Kenntnis gelangt sind, zu beschäftigen, so daß wir die Weiterentwicklung des Verhältnisses von Nationalsozialismus und Kapital mit Interesse weiter verfolgen können.

Wie wir feinerzeit mitteilen, hat die Bundesleitung des Stahlhelms kurz nach den Wahlen in einer geradezu autoritären Form den Stahlhelmmittgliedern der völkervertreitlichen Reichstagsfraktion vorgeschrieben, eine Koalition mit der Sozialdemokratie abzuschließen. Die deutschnationale Badische Zeitung freute sich über diesen klaren Kommandoton, indem sie dazu meinte, man wird hoffentlich bald erfahren, wie sich der fraktionsvorherrschende der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, sowie die anderen Volksparteier, die mit dem Stahlhelmsmitgliedern die rasche Schaffung eines eindeutigen Verhältnisses dringendermaßen doch nicht verabsäumen, der Bundesleitung postwendend die gebührende Antwort zu geben. Sie haben ihr nämlich ein Schreiben gefunden, in dem sie sich je de Bezoerung, wie sie in der Erklärung des Stahlhelms zum

Ausdruck gekommen ist, unter Berufung auf die Verfassungsfreiheit und Selbständigkeit des Urteils verbiten, wobei sie gleichzeitig die Frage aufwerfen, ob es richtig sei, daß der Stahlhelm lediglich als Prätorianergarde der deutschnationalen Volkspartei zu betrachten ist. Der deutschnationalen Badischen Zeitung ist diese Entwidlung der Dinge, die noch weiteren „Notenwechsel“ im Gefolge hatte, so böse in die Glieder gefahren, daß sie zu dem Schluß kommt, „daß es um die Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Volkspartei und nationalen Organisationen hoffnungslos steht“. Ja, es geht bergab mit den sogenannten „nationalen Organisationen“, Stahlhelmereien e tutti quanti und auch die einseitigen demagogischen Hysterien gegen die schwarz-rot-goldene Reichsflagge können, wie der Ausfall der Reichstagswahlen zeigte, hieran nichts ändern, mögen auch nicht nur bei den Deutschen national, sondern auch bei der Deutschen Volkspartei manche Mitglieder an nicht führender und auch an führender Stelle dem Stahlhelm noch so sehr zugetan sein.

Obzwar jetzt immer klarer bekannt wird, daß es vor allem wieder mal die ewige Kriegenaderpartei, die Deutsche Volkspartei, ist, welche auch diesmal die Schwierigkeiten in der Regierungsbildung schafft, läßt die Badische Presse kein Mittel unversucht, ihren Lesern einen Tanz vorzuführen, der gewissermaßen jüggelst alle Schuld an der schweren Situation, die in der Regierungsbildung vorhanden, dem mit der Regierungsbildung beauftragten Abg. Gen. Hermann Müller zuzuschreiben sucht. Mit der „leichen Hochmütigkeit, welche die Deutsche Volkspartei als würdige Erbin der Nationalliberalen Partei auszeichnet, reißt sich die Badische Presse an der technisch nach allen Seiten ausgebauten Verhandlungsmethode Hermann Müllers, dabei wohl wissend, daß es vor allem die ihm bekannte straffe Gebundenheit des deutschen Fraktionswesens ist, welche Hermann Müller zu seiner Verhandlungsmethode veranlaßte, die sonst allerdings zweckmäßiger durch eine einfachere

erfekt worden wäre, und daß es speziell die Deutsche Volkspartei ist, die durch ihr Verharren auf einem fixen reaktionären Standpunkt sowohl in sozialen wie politischen Fragen es der Sozialdemokratie unmöglich zu machen sucht, sich mit ihr zu koalieren, wenn sie den Wählerforderungen vom 20. Mai irgendwie Rechnung tragen will. Statt sich an Hermann Müller zu reiben, sollte die volksparteiliche Badische Presse die Deutsche Volkspartei am Ohr zupfen, nachdem diese sich in unerhörter Weise benimmt. Daran denkt jedoch die Badische Presse nicht, da ja sonst ihre politische Gesamtstimmung, die sich immer wieder erkennbar gegen die Sozialdemokratie richtet, Schiffbruch erleiden würde.

Die Saro-Borussen, die auch heute noch laut Stastistik das Gros der deutschen Auslandsvertreter stellen, üben sich rechtzeitig, die für den diplomatischen Dienst notwendigen Manieren als Zierde der Nation zu erlernen. Als Beweis mag ein Vorgang dienen, über den wir unserem Heidelberger Parteiblatt folgendes entnehmen:

In der gestern abend im Stadttheater stattgefundenen Aufführung „Der Bodelshändler“ verübten Studenten, dem „feudalistischen“ Corps Saro-Borussia angehörend, durch Verleihen von Nationalerbsen derart groben Unfug, daß die Vorstellung erheblich gestört wurde und die letzten beiden Akte, um sie überhaupt zu Ende führen zu können, bei voller Beleuchtung des Saales durchgeführt werden mußte. Als der Unfug kein Ende nehmen wollte, sah sich die Polizei genötigt, einzuschreiten, hat die Leibelstäter aus dem Theater entfernt und verbracht sie zur Befestigung ihrer Perlonen an der Polizeiwache. Die Studenten, die wohl beloffen sein mußten, warfen sogar Knallerbsen auf die Bühne und gefährdeten so die ausübenden Künstler und Künstlerinnen. Herr Fred Schulze-Holz machte auf die Gefahr von der Bühne aufmerksam, dennoch unterließen die Burichen nicht den Unfug und erst als die Polizei die Leibelstäter entfernt hatte, konnte die Vorstellung ungestört zu Ende geführt werden. Die Heidelberger Saro-Borussen haben wieder einmal ihre „Kulturmission“ bewiesen und es ist nur zu ermarren, daß sie für ihre Gemeinheit einen gebührenden Denkzettel erhalten.

Wer den im Volksfreund abgedruckten Roman Harry Domelas las, wird sich auf Grund der Charakterisierung dieses feudalen Korps über solche Dinge nicht wundern. Aufgabe des akademischen Disziplinargerichts wird es sein, durch ganz entschiedene Bestrafung dieser Burichen der schlechten Kinderstube etwas nachzubehalten.

Französische Preßskandale

Aus Paris schreibt uns unser Sonderkorrespondent:

In Frankreich können Preßskandale große politische Bewegungen hemmen und über ganze Kapitel politischer Vergangenheit oder Gegenwart schlaglichtartig Aufschluß geben. Nachdem man vor zwei Jahren den großen Krach in der Linkszeitung Quotidien erlebte, der die Linksbewegung des radikalen Bürgeriums katastrophal, vielleicht auf ewig, aufhielt, sind jetzt zwei Zeitungsprozesse zu erwarten, bei denen allerdings verborgene politische Tatsachen ans Tageslicht kommen dürften.

1. Was zunächst die große Morgenzeitung Matin, deren tägliche Auflage etwa 800 000 Exemplare beträgt, gegen die kommunistische Humanité (Auflage etwa 200 000 Exemplare pro Tag). Der Matin verlangt einen Schadenersatz von 300 000 Franc wegen Verleumdung. Geldzahl wird nicht gemacht. Für den 10. Oktober steht Termin an. Im vorliegenden Sommer hatte ja die ganze französische Presse gegen den damaligen russischen Bolschewik Kowloff, dessen Abberufung sie trotz des Widerstands der Sozialisten und der Kommunisten schließlich durchsetzte. Danach versuchte sie zu erreichen, daß der neuernannte Bolschewik im Kaufhaus des Woiwoden nicht antreten könne. Zu jener Zeit hatte im Kaufhaus das russische Nachrichtenbüro mit einer amerikanischen Firma verhandelt und dabei den berühmten Geldkönig Sir Henry Deterding umgarmelt, einen der Hauptbetreiber gegen Kowloff. Der Kaufhaus-Direktor behauptet, in diesem Zusammenhang hatte die Humanité in drei Artikeln behauptet, der ganze Feldzug des Matin richte nach Petroleum.

Auch die Pariser sozialistische Zeitung Populaire wird jetzt vom Matin gerichtlich belangt, insbesondere von ihrem Chefredakteur Lausanne. Paul Faure, der Generalsekretär der französischen sozialistischen Partei, hatte über den Matin während des verangeneigten Wahlkampfes einen Artikel geschrieben, der dieser Zeitung nicht schmeckte. Paul Faure wies in jenem Artikel darauf hin, daß Herr Stenhan Lausanne während des Wahlkampfes in seinem Wahlkreis aufhielt und von dort Artikel gegen die Wiederwahl von Paul Faure schrieb. Diese Artikel müßten wohl ganz besonders gut bezahlt worden sein. Die betreffenden Nummern des

Matin waren im Wahlkreis von Paul Faure gratis verteilt worden. Das hatte zwar nicht zur Folge, daß die Wiederwahl von Faure in die Kammer scheiterte, sondern die Unwahrscheinlichkeit, die Lausanne gegen Faure ausstreute, bewirkten im Gegenteil den sozialistischen Sieg. Von dem Moment an, da ich die gegen mich gerichteten Klagen im Matin las, war ich meines Sieges ganz sicher, sagt Paul Faure darüber im Populaire. Lausanne behauptet dagegen für die betreffenden Artikel kein besonderes Honorar erhalten zu haben, und er verläßt er jetzt Paul Faure wegen Verleumdung. Der Prozeß wird so manche Hintergründe der französischen Wahlen aufdecken.

Der größte französische Preßskandal ist und bleibt jedoch für die nächste Zeit das Erscheinen der Zeitung L'ami du Peuple. Denn diese neue Schwesterzeitung des Figaro, die es sich zur Aufgabe machen will, Kapital und Arbeit zu „veredeln“, beanlagt sich nicht damit, einen eigenen groß angelegten Zeitungsverkauf in Frankreich zu organisieren, weil sie zu einem so niedrigen Preise vertrieben wird, daß die französische Pressegesellschaft ihren Verkauf ablehnt, sondern aus dem über ihr Arbeitsverhältnissen greift sie nun die ganze andere französische Presse an. Sie vertritt große politische Entschlossenheit. Einmal hat sie den Direktor des größten Pariser Katholikenblattes Echo de Paris beurlaubt, vornehmlich Zeitungschriften früher veröffentlicht zu haben, und das bildet nun das Tagesgespräch in den hohen Pariser katholischen Kreisen. Alle 25 Redakteure des Echo de Paris, darunter auch die bekannten Vertinax und Henri de Kerillis, veröffentlichten eine große Gegenerklärung. Der Ami du Peuple vertritt die Aufdeckung weiterer Preßskandale und man kann sich, da es hart geht, auf allerhand gefaßt machen. Auf dem sozialistischen Kongreß von Toulouse war Ende vorigen Monats vom Ami du Peuple die Rede. Der Genosse Montagnon aus Paris sagte, er sei entsetzt, wieviel diese Zeitung selber noch von Arbeitern getauft werde. Ihre tägliche Auflage beträgt bereits heute etwa 200 000 Exemplare, und infolge ihres geringen Preises findet sie selber manche Abnehmer. Aber schon wegen der Unhaltbarkeit ihres Programms ist doch nicht zu erwarten, daß ihr die Zukunft beschieden ist, welche ihre Gründer von ihr erhofften.

Kurt Venz, Paris.

Sonnenwende

Von Badene

Aus größter Höhe steht der Sonnenball zur Erde in den Kampf und den Krawall. Der Mensch die in Streit und Hof Sich schmähen ohne Unterlaß. Die sich begeiern und blutig zerfleischen. Die sich bekämpfen mit Schimpfen und Kreischen. Und die bemußt sich das Leben verleben. Einer dem andern die Sonne will weiden. Die Sonne, die am Himmel lacht Als Sieger über Winters Nacht.

Aus höchstem Stande fällt der Sonnenstrahl In diese Welt, — gleich herrlich wie brutal! Im Garten lebt es sich beim Duft Der Blumen und in süßer Luft Sehr wohllich durch den heißen Tag der Sonne; Dem Mensch im Lager ist fremd die Wärme, Am Strahlenrand, im Steinbau und beim Keisel, Verschärft ihr Strahl der lärmenden Arbeit Fessel, Und andern grüßt sie mittelstlos In's Bettelend „Arbeitslos“.

Zur größten Höhe stieg die Schöne auf Und wendet nunmehr abwärts ihren Lauf Der Nachtzeit zu, — um später dann Verlinat zu streben himmelan. Sechsbaldig lebte des Volkes Masse Verlacht vom Leben in der engen Gasse, Und wenn der Wühlstand in den Häusern lungert Darmit tragend ein Dichter und — verbunzert. Die Sonne lacht in schönstem Licht Und wendet nunmehr ihr Gesicht Dem Abstieg zu vom hohen Belt; Der Lauf der Welt.

Monaco und Monte-Carlo

Monaco, Mitte Juni.

Ich sitze mit einigen Genossen, die dem Ruf des deutschen Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit folgend, zur Zeit in Monaco weilen, auf der Terrasse im Innern des Casinos von Monte-Carlo. Rechts von mir schaue ich hinunter auf die prächtigen Blumenbeete, die zur Anlockung von Opfern so prächtig angelegt sind, daß sie jeden Menschen auf das

Rasno hinweisen und zu meiner Linken höre ich das ewige Klingeln der Wertmarken und der Roulette-Kugel im Spielfaal nebenan. Da stehen und sitzen sie in wildem Spiel. Alle Straßen des Fürstentums Monaco führen nur auf das eine Ziel: das Kasino. Im Haupttempel Monaco kann man sich nicht verlaufen. Sein einziges Theater, die Oper, befindet sich im Innern des Kasinos, so daß man sogar noch während der Pausen zum Spiel laufen soll, die Autobusse führen abends zwar noch spät zum Kasino hin, aber nicht mehr von der Spielhalle fort. Alles ist hier raffiniert darauf ausgelegt, daß es einem eindrucksvoll immer wieder laut den Befehl ausstößt: „Zum Kasino!“, „Zum Kasino!“. Ganz Monaco ist ein Kasino, und die 32 000 Einwohner des kleinen Staates sind durchweg seine Diener.

Zu meiner Linken liest er und klappert. Da wird täglich die Zukunft des ganzen Fürstentums aus Spiel geiebt, die Zukunft von 32 000 Menschen, die keine Steuern zu zahlen brauchen, weil die Gewinne des Kasinos alles zahlen. Albert II. regiert über sie in sorgentremem Dasein. Sein Schloß ist oben auf einer Anhöhe, weitab von den Luxuspalästen, die sich in der Senke (im Winter) ein gewöhnliches Zimmer mit 900 Franken (150 Mark) bezahlen lassen. Neben dem Schloßhof, vor dem zwei jener 110 auf vier Rädern verteilten Waghöfen auf- und absteigen, die in ihrer bunten Tracht mit der weiß-roten Monaco-Flagge wie Märchenfiguren oder Spielfeldboten aussehen, das ist das alte Monaco. Da sind die, die arbeiten, die in einem Tag schweren Mühe jense 30 Franken hart verdienen müssen, die unten in der Stadt im Kasino täglich von 10 Uhr früh bis 2 Uhr nachts millionenfach bedenkenlos auf den Tisch gelegt werden. Nirgend ist der Unterschied zwischen Volk und Fürst so groß wie hier in dem abseits gelegenen alten Monaco.

Ein Mädchen käuflicher Liebe blickt an mir vorbei, dem Spielfaal zu. Im Sommer ist hier diese Art Mädchen von ausgeübter Häßlichkeit. Ich folge dem Mädchen in den Riesenaal hinein. Da sitzen sie und stehen, etwa fünfzig um jeden der sechs Roulette-Tische und werfen mit Geld, 10 Franken kostet der Eintritt, und Arbeiter, Studenten oder Angestellte werden nicht hineingelassen. Das ist die erste Siebung. Aber noch weit interessanter ist es in dem „Reservierten Saal“, zu dem man nur nach Zahlung von weiteren 20 Franken gelangt. Das ist der Höhepunkt der Hölle. Da spielt man Roulette, Dreißig und Vierzig und Baccara (vom September bis Mai). Da ist das, was sich „Elite“ nennt. Menschen mit festbetonten Knochen, aus denen man das Ungerechtigkeitsgefühl mit Leichtigkeit abliest, alte, vollgefessene, lichte Herren, verbliebene Damen mit goldbestreuten Fingern, eine alte Frau mit einer Krönkrone auf ihrer handförmigen, Sie sitzen da, mit gierigen, erröteten Blicken, mit einem Zittern der Hände

und der Füße, eine internationale Gleichheit aller Nationen, aller Alter, aller Reichthümer, beider Geschlechter. Am meisten hört man hier noch englisch und deutsch sprechen.

Auf seinem einsamen dieser Geschlechter kann ich auch nur einen Zug von Güte und Menschlichkeit entdecken. So wie sie bedenkenlos mit diesen Wertmarken spielen, so spielen sie dabei mit den Menschenleben, mit häuslichem Glück, in Lotterien. Manche von ihnen verlieren Schätze auf Schlag Tausende, sehen immer wieder in ihr Fortkommen, entdecken darin noch unerspürte Tausende Frankenhöhe, wechseln sie um und spielen weiter und weiter. Seit einigen Wochen ist die Spielmatte verdrängt: Ein neues Plakat mit Datum vom 26. April 1928 legt den Höchstbetrag, den man auf einmal spielen darf, auf 30 000 Franken fest (statt der bisherigen 10 000 Franken).

Verärgerung, letzte Leidenschaft, Hoffnungslosigkeit und eiserne Kälte liegt über diesen elektrisch erleuchteten Räumen und über ihnen nicht einmal künstlich beleuchteten Menschen, auch über den wenigen, die gewinnen — und das mechanische Aufschreiben von Zahlen seitens derer, die sich daran klammern, einen Gewinn „errechnen“ zu können, macht eine schauerliche Totenmusik zu dem ehernen Klang der Wertmarken und der Roulette-Kugeln und der Stöhnlaute untreuer Menschen. Hier hat das Geld selbst für die Reichen schon seine letzte Ausdrucksfähigkeit verloren.

Badisches Landesbühnen. Donnerstag, 21. Juni, wird Georg Kaisers Schauspiel „Oktobertag“ und am Samstag, 23. Juni, Oskar Wildes Trauerspiel „Die Herzogin von Padua“ wiederholt. Im Konzerthaus geht am Sonntag, 24. Juni, die Komödie „Hinden Sie, daß Constance sich richtig verhält?“ zum zweitenmal in Szene. Die Erstaufführung von Karl Zudmayers Schauspiel „Schinderhannes“ ist auf Freitag, 29. Juni, angesetzt.

Partei- u. Sport-Genossen!

Bei der Ausübung eures Sports, besonders bei größeren Veranstaltungen, sind gut ausgebildete Samariter notwendig. Helft mit, die Einrichtungen der Arbeiter-Samariter-Kolonnen ausbauen. Gebt für sie Mittel in der Woche vom 17.—24. Juni.

Freistaat Baden

Badischer Landstraßenbau

Ein sozialdem. Vorstoß zugunsten der Pfistersteinarbeiter Das neue Straßenbauprogramm

Der Hausbauauschuss des Badischen Landtags beschäftigte sich am Mittwoch nach der Plenarsitzung mit dem Straßenbauprogramm, wie es im Etat des Finanzministeriums, außerordentlicher Etat, vorzulegen ist. Die badischen Landstraßen sind in Küstendauergeraten und sollen nun durch außerordentliche Aufwendungen instand gesetzt werden. Beteiligt ist ein außerordentlicher Aufwand von 14 Millionen Mark für die Erstellung von 8 Kilometer Dauerdecken, 456 Kilometer Walddecken und 1322 Kilometer mit Oberflächenerosion für 1928 vorgesehen. Berichterstatter ist Abg. Dr. Gündert. — Von sozialdemokratischer Seite wird auf die große Notlage der badischen Pfistersteinarbeiter hingewiesen. Von 1200 Arbeitern dieses Berufs sind zurzeit 800 ohne Arbeit. Ein Teil dieser Arbeiter hat demnach die Unterstützungsgrenze bei der Erwerbslosenunterstützung erreicht. Da eine Krisenlösung für diese Kategorie nicht in Frage kommt, fallen diese Arbeiter der Fürsorge anheim. Dadurch kommen die Pfistersteingemeinden in eine schwere finanzielle Not. Wenn die Möglichkeit bestünde, aus dem außerordentlichen Straßenbaufonds 1 Million Mark flüssig zu machen, würden die Pfistersteinarbeiter wieder Beschäftigung auf 4-5 Monate haben. Bestünde iranische Möglichkeit, in dieser Richtung etwas für diese Arbeiter zu tun, dann müßte es gelingen. Eine Umstellung der Pfistersteinbetriebe zum Schotterindustriebetrieb könne nur mit größeren Mitteln durchgeführt werden. Eine Umstellung der in Frage kommenden Arbeiter auf andere Berufszweige sei außerordentlich schwer. Die Leute, die meist in abgelegenen Gemeinden wohnen, müßten von dort wegziehen. Da in den Städten selbst aber Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot herrsche, sei dies außerordentlich erschwert. Die Regierung möge prüfen, ob nicht die Möglichkeit bestünde, wenigstens die Mittel zur Herstellung der Pfistersteine bereitzustellen. Die Regierung bemerkt, daß die Dauerdecken eine Einschränkung erfahren müßten. Man müsse versuchen, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln in der Herstellung unserer Straßen so weit wie möglich zu kommen. Die technische Frage der Straßenherstellung sei noch im Stadium der Versuche. Im Bauprogramm seien nur 28 Kilometer Pfisterdecken vorgesehen. Um die Pfistersteinarbeiter schonend zu behandeln, seien leinerzeit 15 Millionen Mark vorweg bewilligt worden. Die mit diesem Betrag angefertigten Pfistersteine würden für die 28 Kilometer Pfistersteindecken ausreichen. Ueber sei es der Regierung nicht möglich, eine Million Mark mehr für Pfistersteine auszugeben, wenn der Landtag nicht weitere Mittel genehmige.

Von deutschnationaler Seite wird der sozialdemokratische Vorschlag unterstellt, während ein völkerverfeindlicher Sprecher die Ansicht vertritt, daß dem sozialdemokratischen Vorschlag nicht beizutreten werden könne. Man müsse das Programm der Regierung annehmen. — Ein Sprecher des Zentrums befragt, ob der sozialdemokratische Vorschlag eine weitere Aufklärung der Pfistersteinindustrie hervorbringe. Die Verhandlungen wurden hier abgebrochen, ohne daß ein Beschluß gefaßt worden wäre.

Landwirtschaftliche Versuchsringe

Von der Badischen Landwirtschaftskammer erhalten wir folgende instruktive Ausführungen:

Unter den mannigfachen Maßnahmen zur Behebung und Überwindung der gegenwärtigen schweren Not der Landwirtschaft stellen die Versuchsringe eines der erfolgreichsten Mittel bürgerlicher Selbsthilfe dar. Hier wird dem angeschlossenen Landwirt unter strenger Beachtung der vorliegenden natürlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse durch den praktischen Anschauungsunterricht des Betriebs auf eigener Scholle der Weg gezeigt, wie durch rationelle Bearbeitung erprobte Kulturmaßnahmen, passende Sortenwahl, entsprechende Düngung, zeitgemäßen Futterbau, wirksamen Pflanzenschutz, zweckmäßige Bestäubungsförderung und rentable betriebswirtschaftliche Maßnahmen die Erträge erhöht und die Produktionskosten gesenkt werden können.

In 29 bäuerlichen Versuchsringen mit etwa 850 Ringgemeinden — das sind auf die Hälfte sämtlicher Gemeinden des Landes — sind über 2050 bäuerliche Versuchswirtschaften mit 3180 Versuchen heute schon tätig. Diese 3180 Versuche verteilen sich auf 2107 Versuche des Ackerbaues wie Sorten-, Düngungs-, Bodenbearbeitungs- und Kulturversuche verschiedener Art, 688 Grünland- und Ackerfutterversuche, 36 Handelsgetreide- und Obstbauversuche, 60 Versuche der Viehwirtschaft, 110 der Betriebswirtschaft und 205 Pflanzenschutzversuche. Außerdem enthält das Arbeitsprogramm 1928 bereits die Durchführung von 95 Weibstücker-, 169 Weibstücker-, sowie von 81 größeren Meliorationen in den verschiedenen Teilen des Landes.

Auf dem Wege zum „Versuch“ zum „Beispiel“ und der „Beispielwirtschaft“ müssen sich diese über 2000 Versuchswirtschaften zu ebenbürtigen „Beispielwirtschaften“ in kürzester Frist entwickeln, um als neuzeitliche und gezielte Bauernwirtschaften durch das Beispiel einwandfreier Betriebsführung bestmöglich auf die Nachbarnbetriebe in der Gemeinde in möglichst weitem Umkreis einzuwirken.

Die badischen Landesökonomiegerichte waren ihrer Eigenschaft als Versuchseinleiter mit ihren Assessoren und Ringassistenten — etwa 70 an der Zahl — für die Tage des 18. bis 20. Juni von der Landwirtschaftskammer zu einem Lehrgang für Versuchsringwesen in die Landesbauhauptstadt zusammenzurufen, um in Vorträgen hervorragender Vertreter der Landwirtschaftswissenschaft landwirtschaftlicher Hochschulen und Universitäten sich mit dem neuesten Stand der Wissenschaft und Technik oder auf Exkursionen nach dem Versuchsfeld der Abteilung Pflanzenbau in Friedrichsheim einschließlich Reichsanstalt für Pflanzenzüchtung und der Saatgutamtliche Anstalt mit den brauchbarsten Methoden der Versuchstechnik bekannt zu machen. Auch die benachbarte Schweiz und das Stammland der Kärnten haben zu dieser Tagung Teilnehmer entsandt.

Zu gleicher Zeit rufen die Versuchsringe im ganzen Lande zu den Ende Juni schon beginnenden Ringfahrten auf, die bereits den an der Entwicklung des bäuerlichen Versuchsringwesens interessierten Behörden und Organisationen, in der Hauptsache aber den Ringmitgliedern und sämtlichen Landwirten Gelegenheit bieten, bei den Gemartungsrundgängen der zu besichtigenden Ringgemeinden die vielseitige Tätigkeit der Versuchsringe in ihrem Bestreben für neuzeitliche und fortschrittliche bäuerliche Landwirtschaft kennen zu lernen.

Es ist wohl berechtigt, den bäuerlichen Versuchsringen auch weiterhin eine günstige Entwicklung zu prognostizieren, vorausgesetzt, daß sich die Landwirte auch laut und lauter dieses besten Instruments der Selbsthilfe auch wirklich zu bedienen. Wohl kann der Versuchsring niemals ein Allheilmittel zur Befreiung der Lage in der Landwirtschaft sein, aber er kann für Tausende badischer Bauern ein Rettungsganker werden, um auch in schlechten Zeitläuften mit dem geringsten Aufwand die höchste Produktion zu erzielen und dazu beitragen, daß die Rentabilität der Landwirtschaft zum Segen der ganzen deutschen Volkswirtschaft wieder in gerechteste Bahnen geleitet wird.

Die jüdisch-chinesische Flagge auf der Moskauer Botschaft geht Die chinesische Botschaft in Moskau hat die Fahne der jüdisch-chinesischen Regierung gehißt.

Nach ein Opfer von Siegelndorf

Das Berliner Tageblatt meldet aus Augsburg: Heute morgen erlag ein 40-jähriger verheirateter Generaldirektor der Papierfabrik Döge & Co. bei Remten im Allgäu, Karl Matthies, der leinerzeit als Passagier im nächtlichen Unglückszug von Siegelndorf bei Rürnberg mit dem Schrecken davonkam. Das furchtbare Erlebnis führte vor einigen Tagen zu seinem vollkommenen Nervensammenbruch.

Der Verbandstag der Eisenbahner

Frankfurt a. M., 19. Juni (Eis. Draht). Vor dem Kongress der Eisenbahner liegen die Kommunisten eine die Proklamation am Dienstag verbreiten, die den Titel „Wer zahlt die Gewerkschaft“ hat. Die Antwort darauf gab unermüdet der französische Eisenbahnerführer Goudum. In seinem Begrüßungswort erklärte er dem Kongress der Eisenbahner, seine Organisation sei durch die Kommunisten und ihre Arbeiter für den Klassenkampf von 350 000 Mitgliedern auf 50 000 heruntorgesunken. Goudum sprach dann begeisterte und begeisterte Friedensworte und bezeichnete es als die Aufgabe der Arbeiter aller Länder und des Sozialismus, den Frieden, die Kultur und die Zukunft der Menschheit sicherzustellen. Der Kongress dankte dem Redner mit einer jubelnden Ovation.

Der Kommunist Schröder-Kassel, der am Dienstag die Debatte über den Geschäftsbericht eröffnete, sprach sachlich und ruhig. Nach langem ist sein Gefinnungsstimmung, der Oppositionsführer Wiora, Döppel. Schröder wendet sich besonders gegen den Geschäftsbericht und gegen die Praxis der Schiedsrichter in Lohn- und Arbeitsfragen. Als er meint, die Verhandlungsführung bestehe nicht mehr aus Vertrauen des Verbundes, quittierte der Kongress mit großem Gefächter. Viel schärfer als der Kommunist kritisierte der zur Mehrheit gebörende Redner die Reichsbahn, ihre Praktiken gegen die Arbeiter und Angestellten und die mangelnde Sozialpolitik. Von allen Diskussionsrednern wird sofort gefordert, daß die Sozialpolitik am Anfang und am Ende aller Verhandlungen stehen müsse.

Mehr Sozialpolitik ist der allgemeine Ruf und Wunsch und auch die Unfallverhütungsvorschriften, Debung der Kaufkraft der Massen durch höhere Löhne und die Befestigung der zur Korruption führenden Leistungszulagen, die Alterszulagen, Abbau der Schlichtungsordnungen, Aufhebung des Alterszulagen, Abbau der Verbalten der deutschen Reichsbahnarbeiter und der Eisenbahnbeamten herabzusetzen. Dort, wo die schärfsten Arbeitsbedingungen herrschen, sei der Krankenstand der Eisenbahner doppelt so hoch als an den Arbeitsstätten mit günstigen Arbeitsbedingungen. Aus dem Rührgebiet wird ein Ausbauder Verhandlungsbereitigung gewünscht und die Behebung der Verhandlungsstände über die religiöse Neutralität des Verbandes. Die Vertreter des Saargebietes sprechen vom autoritären veralteten Saargebiet, der ein Staat im Staat sei. Schließlich danken sie der Verwaltung, daß sie eine innige Verbindung zwischen den Saargebietern und dem Verband hergestellt hat. Die Organisation brauche allerdings schöpferische Kräfte. Der Redner des Saargebietes anerkennt ferner die gute Arbeit der Verbandsleitung für das Saargebiet und wendet sich gegen die kommunistischen Treibereien in Saarbrücken. Den im Saargebiet auf Förderung der durchgeführten Aufhebung des Saargebietes durch die Arbeiterpartei im übrigen Deutschland. Ebenso den besonderen Ausgleich der Arbeitsbedingungen zwischen den verschiedenen Kategorien von Angestellten und Arbeitern. Beispielsweise unterbrecht den Saargebietern, als es mit den Worten schloß, „das Saargebiet möchte bald in den großen Hafen der deutschen Republik einfließen“.

Die Wiora-Opposition hatte u. a. behauptet, es gäbe im Eisenbahnerverband keine kommunistischen Sondergruppen.

Blas-Berlin widerlegte ihn unter der tiefen Stille des Kongresses mit unheimlicher Sicherheit. Er zitierte ein Rundschreiben und die Richtlinien der KPD-Zentrale an die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder. Klipp und klar wird in den kommunistischen Richtlinien zur Bildung von

kommunistischen Zentren und Gruppen aufgeführt. Sie haben eigene Vorstände zu wählen. Sonderbeiträge zu entrichten, Kartelle zu bilden und der KPD-Zentrale Bericht zu erstatten. Die Kontrollinstanz für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften ist der jeweilige Parteivorstand der kommunistischen Ortsgruppe, was Blas betonte. Unter Zustimmung der Versammlung von einer Art Zentrale zu sprechen, die hier die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder und ihre Tätigkeit zu überwachen habe. Der kommunistische Parteivorstand kontrolliert, wie es in den Richtlinien heißt, die Tätigkeit der kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder, damit sie nicht den reformistischen Einflüssen in den Gewerkschaften unterliegen. 30 Prozent der Sonderbeiträge sind an die KPD-Zentrale abzuführen, 40 Prozent an die roten Kartelle und 30 Prozent an die Ortsgruppen. Der Beweis sei mithin erbracht, daß die Tätigkeit der Kommunisten nicht der Kritik der Mitglieder entzogen, sondern dem Befehl in Moskau. Mit Recht sei diesmal in Kongressberg, nachdem alle Verträge zu einer äußeren Vereinbarung geschlossen waren, reiner Tisch gemacht worden. In den Richtlinien der KPD werde den kommunistischen Gewerkschaftsmitgliedern fernere Aufgaben, durch List und Betrugswesen von Taktiken ihre Wirkung und Laßt zu führen. So schloß Blas indem er sagte: „Wo die Kritik auf Befehl zum Selbstmord wird, muß sie unweigerlich zur Korruption führen und die Einigkeit der Arbeiterbewegung zerstören. Blas der mit einer jubelnden Logik und mit doppelt wirksamer Rede gesprochen hat, findet den großen Beifall der Kongresses. Die Opposition waagte nicht einmal ein Wort. Der später einlaufende Antrag, die Vorgänge in Königsberg nicht mehr zur Debatte zu stellen, wird gegen etwa ein Dutzend Kongressmitglieder zum Beschluß erhoben.

In der Nachmittagsitzung kommt es zunächst zu einer Solidaritätskundgebung zwischen den belarischen und den deutschen Arbeitern.

Der belarische Vertreter Maes beginnt seine Begrüßungsansprache mit den begeistert aufgenommenen Worten: „Die Parteizentrale der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist die beste Gewähr für den Frieden“. Der Eisenbahner Maes ruft er noch zu: „Auf Wiedersehen in Brüssel!“. Der Vertreter der polnischen Eisenbahner Masel schließt sich dem Belarier an und wünscht die gemeinsame Front der Arbeiter aller Länder gegen den Kapitalismus und gegen die fürerliche und geistliche Verflöschung. Am Nachmittag sprachen dann noch verschiedene Redner zum Tätigkeitsbericht des Vorstandes. Immer wieder bringt man dieselben Klagen über die höchsten Lohnverhältnisse bei der Reichsbahn und über die mangelnde Sozialpolitik. Auch die Praxis der Schiedsrichter müsse verbessert werden. Es gelte, den Aufstrebenden zu ermutigen, die Lohnaufhebung zu befechtigen und die Widnandbefreiungen unter den Eisenbahner zu fördern. Der Verbandsvorstand findet trotz aller laudatorischen Kritik bei einzelnen Rednern im Großen und Ganzen die allgemeine Zustimmung des Kongresses für seine Arbeit.

Gesellschaft Berlin geht in seinem Schlusswort auf die Diskussionsredner im Einzelnen ein. Er spricht über die Wichtigkeit der vorhandenen Verhältnisse innerhalb der Organisation und erklärt, daß es selbstverständlich das unverrückbare Ziel der Organisation sei und ihre länderliche Arbeit, den Aufstrebenden zu ermutigen und den Ausbau der Sozialpolitik gemäß den Erfordernissen der Notwendigkeiten der Eisenbahner und Angestellten zu erreichen. Darin liegt der Vorstand einig mit allen Diskussionsrednern. Weiterwoh Weiterberatung.

Aus aller Welt

Nacht Deutsche gerettet

Der italienische Zerstörer „Ciccino“ rettete gestern 8 Deutsche, die mit einem Wasserflugzeug aufgetrieben waren und brachte sie nach Livorno.

Die Sühne für das Dahlemer Explosionsunglück

Das Gericht verurteilte den Angeklagten Weingärtner im Zusammenhang mit dem Dahlemer Explosionsunglück wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung sowie Zerstörung zu einem Jahr neun Monaten und wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz zu 3 Monaten Gefängnis. Viele Strafen wurden zu einer Gesamtstrafe von 2 Jahren Gefängnis aufsummiert. Dem Angeklagten wurden auch die Kosten des Verfahrens auferlegt.

19 Personen durch Kesselexplosion getötet

Bei einer Dampfesselexplosion in einer Badeanstalt bei Mexiko wurden 19 Personen getötet, 30 verletzt.

Erdbeben in der Eifel

Am Dienstag wurde in Andernach, im Kreis Mayen und in der Nordsee ein mehrere Sekunden dauerndes Erdbeben verspürt, der von donnerartigem Getöse begleitet war.

Feldjägerleistungen

In Berken bei Dieren erkrankten nach dem Genuß von Hackfleisch und Bratwurst 18 Personen unter schweren Vergiftungsercheinungen.

Begen Zolluntererschlagungen verurteilt

Die Oberassessorien Paul Maerz und Georg Meyer und der Zollverwalter Kuther wurden wegen der anfangs dieses Jahres aufgedeckten großen Zolluntererschlagungen bei der Oberzolllage in Danzig zu Geldstrafen von 2, 1 1/2 und 1 Jahren verurteilt.

Kein Flug nach Kalifornien

Die Meldungen von einem Japenflug nach Kalifornien werden demontiert.

Sonderbarer Mordfall

In der Nacht zum Dienstag wurde der am Frankfurter Hauptbahnhof stationierte Droschkenführer Scheu von zwei jungen Leuten an einer Wagenfabrik nach Bad Nauheim aufgefunden und unterwegs gezwungen, den Wagen zum Dalen zu bringen. Unter Bedrohung mit dem Revolver wurde er dann auf Waffen untersucht und bei der Weiterfahrt von einem der Verbrecher im Innern des Wagens durch den Revolver in Schach gehalten. Als in der Nähe von Bad Nauheim der Wagen in einen Graben stürzte und nicht mehr herauszubringen war, zwangen die beiden Verbrecher den Chauffeur, mit in den Wald zu gehen. Hier rissen sie ihn zu Boden und wickelten seinen Kopf in einen Gipsverband. Die Täter konnten bereits verhaftet werden und geben die Tat sofort zu.

Autounfall mit Todesfolge

Der Geschäftsinhaber der Darmstädter und Nationalbank in Berlin, Jakob Goldschmidt, der sich Dienstag abend in Begleitung des Direktors des Berliner Kunstschlosses, Geheimrat Friedrich, auf der Fahrt von Lank nach Berlin befand, erlitt kurz hinter Bernau, wie die B3. meldet, einen schweren Autounfall. Der Wagen geriet in einer Kurve in schneller Fahrt ins Schleudern und fuhr gegen einen Baum. Der den Wagen steuernde Chauffeur rief sofort laut, während Goldschmidt und Friedrich überverletzt hielten. Der getötete Chauffeur rief seit vielen Jahren in Diensten der Darmstädter und Nationalbank. Er war ein außerordentlich tüchtiger und bejahrter Fahrer. Seit kurzer Zeit war rief, der 35 Jahre alt ist, verheiratet.

Die Berliner Elternbeiratswahlen

Die Berliner Elternbeiratswahlen hatten nach den vorläufigen Feststellungen in den jüdischen „Gründlichen“ Volksschulen

folgendes Ergebnis: Risse Schulaufbau 1000 Sitze, Risse Proletarisches Schulkamp 178 Sitze, Risse „Christlich-unpolitisch“ 148 Sitze, Sonstige Listen 237 Sitze.

In Krefeld, dem Wirkungsort des sozialdemokratischen Stadtschulrats Dr. Löwenstein, sind von den Volksschulen gewählter Schulaufbau 158, Proletarisches Schulkamp 80, Christlich-unpolitisch 126, an den höheren Schulen: Schulaufbau 86, Proletarisches Schulkamp 2, Christlich-unpolitisch 74.

Rechtszeitung eingegangen

Die rechtsergänzte Mittagszeitung „Der Berliner Mittag“ hat ihr Erscheinen eingestellt.

Unfall bei einem Salutschießen in Memel

Memel, 19. Juni. Heute vormittag ist der englische Kreuzer „Canterbury“, der zu dem sich augenblicklich in den baltischen Gewässern befindlichen Geschwader gehört, im Memeler Hafen einwärtig. Beim Salutschießen durch die litauische Artillerie ereignete sich ein Unfall. Nach dem dritten Schuß explodierte ein Geschütz, wobei ein Offizier und zwei Mann sehr schwer und zwei weitere Personen leicht verletzt wurden.

Der Geistesranke im Schweinefall

In Krefeld nach der Straubung wurde der 31-jährige geistesranke Sohn des Mühlenselbsters und Großbauern Wild völlig verblödet und von Ungeheueren gefressen im Schweinefall vorerkannt. Der Unglückliche war, um Kosten zu sparen, aus der Irrenanstalt entlassen und befand sich bereits seit einem Jahr in dem Schweinefall. Die Gendarmerie, die auf das Verschwinden des Geistesranken aufmerksam gemacht wurde, fand, konnte bei der Inanspruchnahme zuerst den armen Menschen gar nicht von den in der Nebenhaltung untergebrachten Schweinen unterscheiden. Das Schwein vom Unglücklichen im Schweinefall verabschiedet worden. Der Geistesranke wurde sofort in eine Pflegeanstalt verbracht. Die Eltern des Unglücklichen sind eifrig Kirchengänger.

Kündigung des Brandweinmoniums

Auf der Kündigung des Brandweinmoniums wurde festgestellt, daß der Trinkenweir in Deutschland auf 1/2 gegenüber dem Kontingent in der Vorjahreszeit zurückgegangen ist. Während der Monat 1928 1,8 Millionen Hektoliter betrug, ist jetzt nur noch mit einem Verbrauch von 800 000 Hektoliter Trinkenweir zu rechnen. In den letzten 5 Jahren hat durchschnittlich der Trinkenweirverbrauch kaum mehr als 800 000 Hektoliter betragen, auch der Vertreter des Finanzministeriums stimmte darin überein, daß in der letzten Zeit der Trinkenweir eine rückläufige Bewegung eingeschlagen hat.

Kein Mord in Tempelhof

Berlin, 19. Juni. Eine überraschende Aufklärung hat das vermeintliche Kapitalverbrechen an dem Böttchermester Ernst Meißner in Tempelhof gefunden. Nach dem Ergebnis der weiteren Ermittlungen liegt nicht ein Mord, sondern ein Selbstmord vor, der mit fast unzulässiger Geschwindigkeit durchgeführt worden ist. Der Grund zu der Tat ist in wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu suchen.

Zwei Todesurteile wegen gemeinschaftlichem Mord

Vom Schwurgericht in Neureupin war am 16. April 1928 der Arbeiter August Beck und der Arbeiter Willi Beck beide zum Tode wegen vorläufigen und gemeinschaftlichen Mordes verurteilt worden. Die Angeklagten hatten am 1. Dezember 1926 dem Arbeiter Silberberg mit der Tochter des Angeklagten August Beck ein Liebesverhältnis hatte, in den Wald gelockt und mit einer Art erschlagen. Silberberg hatte Kenntnis von strafbaren Handlungen der Angeklagten und drohte mit Anzeige. Die gegen das Urteil eingelegte Revision wurde am Montag vom ersten Strafsenat des Reichsgerichts verworfen. Beide Todesurteile wurden bestätigt.

Der Vorschlag der Justiz

Der Generalkaassanwalt zu den kommunistischen Anschuldigungen — Der Justizminister gegen eine allgemeine Amnestie — Die Kommunisten unter den Rädern — Schluß der allgemeinen Aussprache — Einzelberatung — Die kommunistischen Briefkäufungen — Die Fürsorgeerziehung — Die Strafanstalten

Karlsruhe, 20. Juni.

Die heutige Vormittags-Sitzung begann mit einer Session über die Angelegenheiten des Innenministeriums. Der Kommissar Bod hat sich bei der Aussprache über den Etat des Innenministeriums ausgesprochen, einem hochwassergefährdeten Landwirt in einem Orte des Bezirks Rastatt sei eine Entschädigung von 90 Pfennigen ausbezahlt worden. Diese Mitteilung wurde damals als ungläubig bezeichnet, ja als Schwindel bezeichnet. Heute verlangte nun zu Beginn der Sitzung der Abg. Bod das Wort zu einer Erklärung. Er teilte mit, daß seine damaligen Angaben stimmen würden, er habe hier den Postfachbesitzer des Rastatter Postamtes über 90 Pf., auf der Rückseite für Hochwasserentfaltung. Natürlich im ganzen Hause ob dieser Feststellung große Verwirrung! Es wäre ja auch ein ungläubiges Bureauaufseher, wenn nicht eine handliche Verhörmung des geschädigten Landwirts gewesen, wenn dem Manne tatsächlich nur 90 Pf. Entschädigung ausbezahlt worden wären. An den so selbstbewußt vorgetragenen Angaben des Bod hat geschwiegen. Am Verlauf der Sitzung ergiebt der Innenminister Dr. Kemmle, der von der Sitzung Erklärung unterrichtet war und der nun seinerseits eine Erklärung abgab. Alles stimmte, das Finanzamt Rastatt hatte 90 Pf. abgezahlt, es hatte auf dem Postfachbesitzer den Bod verlesene Bemerkung gemacht, aber der Herr Bod hatte einen Teil dieser Bemerkung verlesen, nur soviel, als für seinen Sessionsmed für angebracht erschien. Die Fortsetzung nämlich, daß die zurückerhaltenen 90 Pfennige die Rückzahlung eines Steuerzuschusses von Grund- und Gewerbesteuer seien, also keine Entschädigung für Hochwasserentfaltung; diese Fortsetzung hat der Herr Bod unterlassen. Die Feststellungen des Ministers waren die zweite Session des Tages. Sozialisten und Freiwirtschaftler waren die Kommunisten erwünscht worden. Eine Sitzung, die mit solchen Fälschungen arbeitet, hat wirklich einen Zweck, noch irgendetwas ernst genommen zu werden. Gemein und übertrübselt ist nur, daß eine solche Partei den schönen und ehrenvollen Namen Arbeiter in ihrem Namen mißbraucht und sich Arbeiterpartei zu nennen die Unverschämtheit hat. Am Nachmittag nahm sich unter Gen. Weiskmann nochmals die Kommunisten vor, indem er an Hand der Briefkäufungen der „Arbeiterzeitung“, wie sie im Prozeß gegen den früheren Redakteur Kemmler festgestellt wurden, die Moral der Kommunisten erneut überprüfte. Der Tag war wirklich ein schwarzer Tag für die Kommunisten.

Am nächsten ging die Gerichtsverhandlung über die Angelegenheiten des Lempo eines Zivilprozesses weiter. Viel wurde erörtert, wenig abgeurteilt. Auch die Todesstrafe wurde erörtert. Die Angehörigen, außer den Demokraten, wollen immer noch Mord mit Mord erdulden; sie, auch der Minister, haben aus den gerade in dieser Zeit verschiedentlich festgestellten Justizmorden noch nichts gelernt. Herr Abg. Oßfischer, wie auch der Minister, beschränken sich auf die Volksstimmen, die bei schweren Verbrechen den Kopf des Mörders verlangen. Nun, Herr Oßfischer ist aber ein guter Christ, und der Herr Minister selber ein noch besserer. Da werden also beide wissen, daß schon einmal das Volk vor genau 2000 Jahren rief: „kreuziget ihn!“ Der Wille des Volkes ist man also besser, sich nicht allzuviel auf die Volksstimmen zu verlassen, zumal, wenn man in anderen Dingen sich auch nicht allzuviel um die Stimme des Volkes kümmert, oder nur in höchsten Worten von dem „Meinungsdruck des Volkes“ spricht. Der Minister meint, im Reichstag werde wohl nun eine Mehrheit gegen die Todesstrafe vorhanden sein. Wir hoffen, daß er recht hat!

37. Sitzung

Karlsruhe, 20. Juni 1928.

Die Sitzung wird gegen 10 Uhr von Präsidenten Dr. Baumgarten eröffnet. Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Bod (Komm.) eine Erklärung ab, wonach es richtig sein soll, daß im Hochwassergefährdeten im Bezirk Rastatt vom Finanzamt eine Entschädigung von 90 Pfennig ausbezahlt worden ist. Abg. Bod fühlt sich zu dieser Erklärung genötigt, weil

seine damaligen Angaben bei Beratung des Vorschlags des Innenministeriums des Innern bemerkt und vom Sachlichen Bod achtet als Schwindel bezeichnet worden wären. Bod will nun aus dem betr. Postfachbesitzer die Richtigkeit seiner Behauptung beweisen.

Es wird Johann in der Weiterberatung des

Vorschlags des Justizministeriums

weitergefahren.

Generalkaassanwalt Dr. Sahner stellt eine Anzahl Behauptungen der Arbeiterzeitung und des Abg. Heymann richtig. Es stellt sich heraus, daß es recht zweifelhafte Elemente sind, für die sich die Kommunisten einsetzen.

Justizminister Dr. Trunk

dankt den Berichterstatter für ihre eingehende Berichterstattung und auch der Presse für das Interesse, das sie den Denkschriften, besonders jener über die Fürsorgeerziehung entgegengebracht habe. Bei jeder Art Erziehung werden Mißlichkeiten vorkommen. Mit dem vorgeschlagenen Schichten auf die Fürsorgeerziehung wird doch gar nichts erreicht, auch die Kommunisten können um eine solche Fürsorge nicht herum. Bei den Strafanstalten wird getan werden, was erforderlich ist und was in der Denkschrift vorgegeben ist. Nächste wird eine Umorganisation des Bereichs für Jugendgericht und Gefangenenerziehung vorgenommen werden. Ein großer Kreis der Öffentlichkeit sollte sich in den Dienst der Sache stellen können. Die Regierung ist immer bereit gewesen, ohne politische Rücksichten zu prüfen, ob Einzelhaft der Begnadigung anhängig sind. Wir sind grundsätzlich gegen die Fortsetzung der allgemeinen Gnadenaktionen, weil würdige und unwürdige Elemente davon betroffen werden. Die kleinen Strafanstalten können ganz beseitigt werden, auch bei den Schöffengerichten ist eine Reform nötig. Dringend abzurufen ist aber, zu den alten Schöffengerichten zurückzukehren. Wenn man wünscht, daß Politik aus dem Schöffengericht verbannt werde, dann muß man das heutige Schöffengericht als zweite Richter ist schon vor einiger Zeit strukturiert worden. Am 1. Juli werde voranschrittlich die letzte Aufwertungsabteilung verhandeln. Das Justizministerium wird zur Beschleunigung der Durchführung der Verordnungen alles Mögliche tun. Der Anwaltschaft wie der Anwaltschaft müssen möglichst rasch über ihr Schicksal orientiert werden. Der Generalkaassanwalt überwacht die Sachverhalte. Hoffentlich kommt der Entwurf über die Rechtsverhältnisse der unehelichen Kinder im Reichstag bald zur Erledigung. Die Modernisierung des Bureaubetriebs wäre auch eine Art Staatsvereinfachung. Der Vorschlag des Landtags, daß keine Amtsgerichte aufgehoben werden sollen, werde Rechnung getragen. Den Bestrebungen des Reichstages herbeizuführen nach einer besseren Schulung der Grundbuchbeamten werde man Rechnung tragen. Wenn das Reich bei einer Verwirklichung der Justiz die Willensschwäche der Länder überwinden und fragen kann, dann muß es auch in der Lage sein, durch erhöhte Aufwendungen beim Finanzausgleich die Selbstständigkeit der Länder zu festigen. Dann wendet sich der Minister gegen einen Antrag des Abg. Maties, der einige Positionen in Einmahnungen erhöht wissen will. Zum Schluß erörtert der Redner die Frage der Schaffung eines Amtsgerichts in Singen und kommt schließlich zur Behandlung der Notwendigkeit eines Amtsgerichts für Singen, ohne daß das Amtsgericht in Radolfzell aufgehoben wird. Damit ist die allgemeine Aussprache geschlossen.

Minister des Innern Dr. Kemmle

äußert sich zu der Erklärung des Abg. Bod bei Beginn der Sitzung. Die Arbeiterzeitung in Mannheim habe seinerzeit bei der Mitteilung über die den Hochwassergefährdeten gewährte Entschädigung Angriffe gegen den Innenminister und den Staatsrat Dr. Marum gerichtet. Die Arbeiterzeitung ist bekannt, daß sie auch mit Fälschungen arbeitet. Abg. Bod habe bei Beratung des Postfachbesitzers etwas unterlassen, nämlich, daß auf dem Postfach stand: 90 Pf. Rückzahlung an Grund- und Gewerbesteuer. In völliger Verleumdung eines Tatbestandes und also wieder Angriffe gegen die Regierung erhoben worden, lediglich zu Agitationszwecken. — Abg. Wilm (Zentrum) weist ebenfalls das leichtfertige Verhalten des Abg. Bod fest. — Abg. Bod (Komm.) verliert nun seine Erklärung abzugeben.

Es folgt nun die

Einzelberatung des Justizrats.

Der Antrag der Kommunisten betr. Amnestie wird abgelehnt. Eine Anzahl Positionen werden ohne Debatte genehmigt. Bei Titel II „Gerichte und Staatsanwaltschaften“ will Abg. Bod (K.) es nicht gelten lassen, daß die Staatsanwaltschaft von Baden völlig einwandfrei ist.

Justizminister Dr. Trunk weist kurz die Bemerkung des Vorredners zurück. — Abg. Oßfischer (D.D.) setzt sich für die Verwirklichung der Justiz ein. Gegen die Einrichtung des Einzelrichters hat Redner gewisse Bedenken. Die Aufhebung der alten Schwurgerichte sei zu schnell erfolgt. Die Todesstrafe ist unentbehrlich. Nur die Vollstreckung sei änderungsbedürftig. — Abg. Dr. Wollhard (Dem.) hält die Argumente des Abg. Oßfischer für die Todesstrafe nicht für stichhaltig. Wenn auch nur ein Fall bekannt wird, in dem ein Urteil als Fehlurteil sich herausstellt, dann muß der gerechte Richter alles tun, um ein solches zweites Urteil zu verbüßen. — Justizminister Dr. Trunk nimmt zu einigen Bemerkungen des Vorredners Stellung. — Hierauf wird nach 1.45 Uhr die Sitzung abgebrochen und die nächste Sitzung auf nachmittags 3.30 Uhr festgesetzt.

38. Sitzung

Die Einzelberatung des Justizrats wurde am Nachmittag bei Titel II „Gerichte und Staatsanwaltschaften“ fortgesetzt. Abg. Schneider (Ztr.) kritisiert die oft klagliche Innenausstattung mancher Gerichtsgebäude. Dann unterstützt er die Wünsche der mittleren Justisbeamten.

Abg. Grojhans (Soz.)

ist mit der Schaffung eines Amtsgerichts in Singen einverstanden. Allerdings dürfe dies nicht auf Kosten anderer Städte geschehen. Der Minister habe erklärt, die Erstellung eines Amtsgerichts in Singen trage auch zur Beruhigung mancher Kreise bei. Was hat der Minister damit gemeint? Eine Beruhigung in Singen ist nicht notwendig. Die Arbeiterzeitung, die täglich nach Singen kommt, ist fleißig. Wenn auch mal vor Jahren sich etwas ereignet hat, so ist es doch nicht nötig, die Arbeiter dies heute noch ernst zu lassen. Die Arbeiterzeitung ist froh, wenn sie ihren Lebensunterhalt hat. Es wäre ein schlechter Grund, wenn man nur aus solchen Beloräufen ein Amtsgericht errichten wollte. — Der Titel wird hiernach ohne weitere Debatte genehmigt.

Zu Titel III „Notariate und Grundbuchämter“ bezeichnet Abg. Dr. Wollhard eine Einseitigkeit des Grundbuchweins im Reich für notwendig. Dann vertritt er die Zulassung der Rechtsanwältinnen zur Urkundenfertigkeit. — Minister Dr. Trunk äußert Bedenken gegen diese Forderungen. — Weitere Bemerkungen machen die Abg. Hertle (Dnt.), Abg. Gasser (Ztr.), Abg. Geurich (Ztr.) und Abg. Dr. Wollhard (Dem.), worauf auch dieser Titel bewilligt wird.

Bei Titel IV „Allgemeine Ausgaben für die Rechtspflege“ richtet Abg. Heymann (Komm.) die üblichen Angriffe gegen die Sozialdemokratie, was

Abg. Weiskmann (Soz.) veranlaßt, die Moral der Kommunisten an Hand der Fälschungen der Mannheimer „Arbeiterzeitung“ und der im Prozeß gegen den früheren Redakteur Kemmler gemachten Feststellungen zu schildern. — Abg. Witter (Komm.) versucht, Kemmler zu verteidigen. — Auch dieser Titel wird hierauf genehmigt.

Zu Titel V „Fürsorgeerziehung auf Grund des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt“ beschließt man

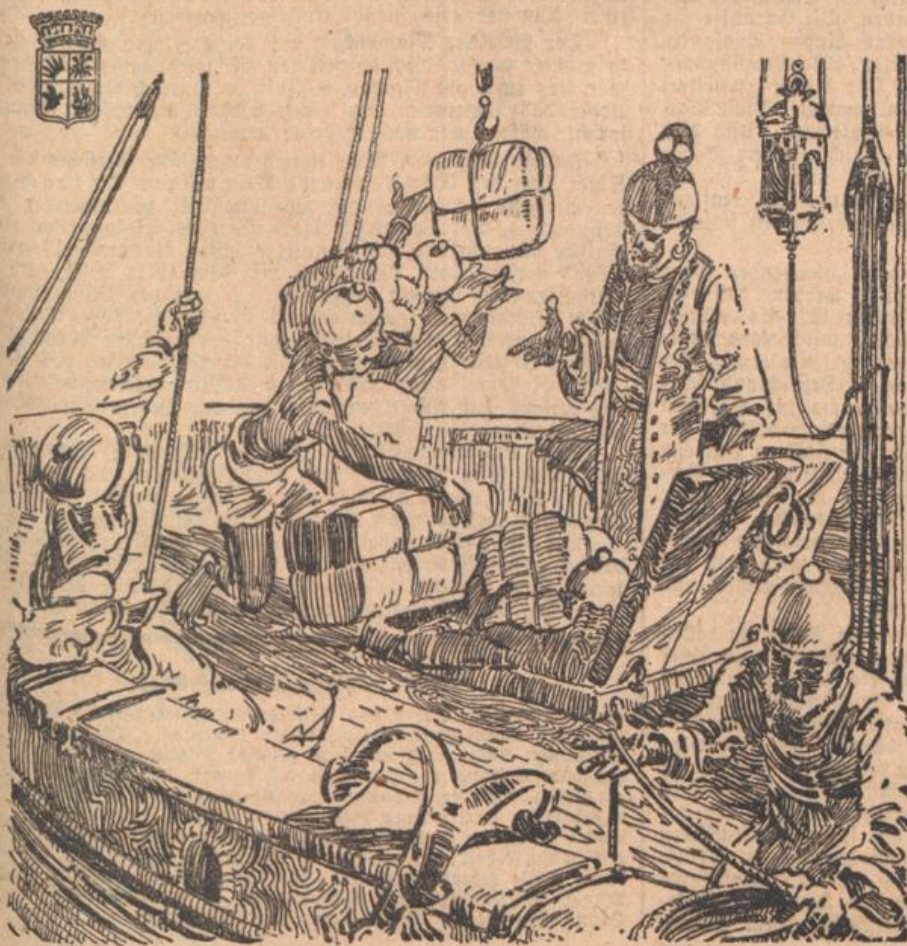
Frau Abg. Wlase (Soz.)

mit der Denkschrift über die Fürsorgeerziehung. Wir ziehen die Familienziehung der Anstaltsziehung vor. Allerdings dürfen die Kinder nicht als Ausbeutungsobjekt benutzt werden. Eine Kontrolle ist deshalb nötig. Das Steigen der Zahl der Fürsorgeerzöglinge hat keine Ursache in dem vierjährigen Kriege, während dessen die Mütter nicht die Möglichkeit hatten, sich genügend um ihre Kinder zu kümmern. Die sorgsame Mutterliebe fehlte. Hinzu kommt die Wohnungsnot. Die Kinder mit geringeren Vergehen sollten bei der Fürsorgeerziehung besonders behandelt werden. Im Gefängnis in Singen soll die Erziehung sehr streng sein. Es sollten nur Erzieher verwendet werden, die sich etagen und die Liebe zu den Kindern haben. Die Handwerkermeister sollten nicht heimlich sein und den Jünglingen bei ihrer Entlassung aus der Anstalt beistehen. Die Schulaufsicht wird zu streng gehandhabt. Hoffentlich erfahren die wirtschaftlichen Verhältnisse bald eine solche Besserung, daß die Notwendigkeit, Kinder in Fürsorgeerziehung zu nehmen immer geringer wird. — Ueber die gleiche Frage sprechen noch Frau Abg. Strauß (Dem.), Abg. Birner (D. V.), Frau Abg. Siebert (Ztr.), Frau Abg. Richter (Dnt.) und Abg. Lang (Dnt.). Der Antrag, den ganzen Titel zu streichen, wird abgelehnt. Die Position wird hierauf genehmigt.

Zu Titel „Strafanstalten“ meint Abg. Hermann (Ztr.), zu human solle man die Gefangenen auch nicht behandeln. Durch die Gefangenenerziehung solle dem Handwerk keine Konkurrenz gemacht werden. — Abg. Lang (Dnt.) bringt auch Handwerkerwünsche hinsichtlich der Gefangenenerziehung vor. — Da um 6 Uhr eine Sitzung des Haushaltsausschusses stattfindet, wird zu dieser Stunde die Sitzung geschlossen und die nächste Sitzung auf Donnerstag nachmittags 10 Uhr festgesetzt.

Sport

Schiedsrichtervereinigung, 10. Kreis, 3. Bezirk. Sämtliche Schiedsrichterangelegenheiten geben bis auf weiteres an den Gen. Oskar Vogel-Dulich, Reut. Anlage 94. Den Vereinen der Gruppe 11 ist seit zur Kenntnis, daß am Samstag, den 23. Juni abends 7 Uhr im Lokal zur Rrone in Reichendorf eine Regelbefragung stattfindet.



SINDBAD, DER SALEM-RAUCHER, erzählt weiter:

Als ich in meine Vaterstadt zurückgekehrt war, konnte ich nicht zur Ruhe kommen. Statt mich von den Strapazen auszuruhen und mich meines neuen Reichtums zu erfreuen, packte mich von neuem die Abenteuerlust. Schließlich rüstete ich ein großes, eigenes Schiff aus, belud es mit vielerlei Waren und fuhr ins Meer hinaus. Nach einigen Tagen guter Fahrt trafen wir eine Insel von unbeschreiblicher Schönheit. Während meine Gefährten staunend umhergingen, legte ich mich unter eine Palme und schlief ein. Aber wie groß war meine Bestürzung, als ich aufwachte, und sowohl das Schiff wie auch die Freunde verschwunden waren.

Verzweifelt irrte ich umher, bitter meine Reiselust bereuend.

Ihr würdet mich nicht beneiden haben, liebe Brüder. Bevor ich weitererzähle, laßt uns die Sorgenbrecherin und Vertreiberin aller qualenden Gedanken genießen. Nehmt, liebe Freunde, eine

CIGARETTE

SALEM

AUSLESE

(Haus in Deutschland in allen Spezialgeschäften für 5 Pf. erhältlich.)

Wahlausfall und Regierungsbildung

Vortrag des Genossen Staatspräsidenten Dr. Kemmle

Die Sozialdemokratische Partei berief auf gestern abend in den „Friedrichshof“ eine Hauptversammlung ein, die erste nach den Wahlen. Der Besuch war ein guter. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende Gen. Kossch den verdienstvollen Genossen Glaas, Pichtenwälder, Kling, sowie Ged. Mannheim einen kurzen ehrenden Nachruf. Die Versammlung selbst ehrte das Andenken dieser Verdienstlichen in üblicher Weise.

Hierauf erstattete Gen. Lang den Kassenbericht, sowie den Bericht über die Wahlabrechnung. Beide betriebligen sehr, denn die erste Abrechnung zeigt eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung der Karlsruher Parteiorganisation und aus dem zweiten Bericht war zu entnehmen, daß die Karlsruher Partei nicht nur ihre Wahlkosten selbst aufbrachte, sondern sogar noch ein kleiner Ueberschuß zu verzeichnen ist. Die mustergheltige Kassenführung wurde mit Befriedigung hervorgehoben. So geht also die hiesige Partei neu gestärkt aus dem Wahlkampf hervor und rüstet sich zu neuen Kämpfen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung sprach Gen. Staatspräsident und Reichstagsabgeordneter Dr. Kemmle über „Der Wahlausfall und die Regierungsbildung“

Genosse Kemmle nahm einigmaßen seines Vortrages Veranlassung, die beiden Genossen Marum und Schöppin zu entschuldigen, da sie zu wichtigen Beratungen in Berlin festgehalten sind. Alsdann dankte der Referent allen Genossen und Genossinnen, die sich an der Wahlarbeit beteiligt haben. Er machte des weiteren darauf aufmerksam, daß zum Wahlausfall manches gesagt werden muß aus den Erfahrungen aus dem Wahlkampf, was aber nicht etwa als Anhängsel zu betrachten sei. Er wies des ferneren auf die Verschiedenartigkeit der Wahlparolen in den Ländern hin, z. B. in Preußen, Württemberg usw., wo zugleich Landtagswahl war und der Gewaner noch stärker ist als bei uns.

Genosse Kemmle führte sodann des weiteren etwa aus: Die Reichstagswahl vom 20. Mai ds. Js. brachte der Sozialdemokratie im Reich eine Stimmenzunahme von 16,6 Prozent. Der sozialdemokratische Anteil an den gültigen Stimmen liegt von 26 Prozent auf 29,8 Prozent. In Baden kam ein solches Resultat nicht zustande. Während bei der Wahl vom Dezember 1924 71 Prozent der Wähler zur Urne gingen, waren es bei der diesmaligen Wahl nur 61,7 Prozent. Die Sozialdemokratische Partei gewann in 22 Amtsbezirken 14 702 Stimmen, d. h. 7,4 Prozent; sie verlor aber gleichzeitig in 17 Amtsbezirken 8961 Stimmen, ihr Gewinn vermindert sich somit auf 5761 Stimmen (3 Proz.). Die deutschnationale Partei erlitt eine Verminderung ihrer Stimmenzahl von rund 8878 auf 7401; die Volkspartei brachte es nur noch auf 8640 Stimmen gegen 9771 im Jahre 1924. Auch das Zentrum mußte sich mit einem Stimmenverlust abfinden, deren Stimmenzahl sank von 343 698 auf 297 818. Ebenso büßte die Demokratische Partei nahezu 30 000 Stimmen ein.

Diese Stimmenverluste haben innerhalb der bürgerlichen Parteien zu einer lebhaften Erörterung über die Ursache derselben geführt. Auch für die Sozialdemokratische Partei in Baden liegt Anlaß vor, sich mit den Ursachen ihres verhältnismäßig ungenügenden Wahlausfalles zu beschäftigen. Bei ihr ist zunächst auffallend, daß sich ihre Verluste im Wesentlichen auf die Landbesirke erstrecken. Nur in Wörzheim und Zabz liegt der Fall anders an. Bessergestellt bei den Wählergebnissen in den Landbesirken eine Anweisung von Parteimitgliedern eine Rolle, die dahin ginge, in Orten mit bisher wenig sozialdemokratischen Stimmen eine wesentliche Versammlungsagitation nicht zu entfallen. Es blühen ein in die Amtsbezirke: Donaueschingen 185 Stimmen; Brüllendorf 84, Stodach 205, Billingen 166, Emmenbühl 135, Rehl 377, Zabz 804, Reutstadt 102, Waldkirch 253, Bretten 284, Bühl 201, Melsheim 123, Buchen 106, Rosbach 298, Sinsheim 676, Wiesloch 605 und Wörzheim 4367.

Stimmen gewonnen hat die Partei in den Amtsbezirken: Engen 45, Konstanz 750, Mersburg 14, Säckingen 975, Ueberlingen 122, Waldbut 106, Freiburg 1308, Lörzach 1512, Oberkirch 16, Offenburg 112, Schopfheim 450, Staufen 232, Wolfach 144, Bruchsal 128, Ettlingen 322, Karlsruhe 3815, Rastatt 1335, Seibelsberg 521, Mannheim 2495, Tauberbischofsheim 138, Weinheim 53, Wertheim 109.

Der Redner beschäftigte sich zunächst mit den Ursachen der schlechten Wahlbeteiligung

und er wies darauf, daß in Baden das Arbeiterproblem wie das Bauernproblem eine ganz andere Gestaltung habe, als in Norddeutschland. Für die Stimmung in der badischen Landwirtschaft sind die schlechten Ernten der letzten 2 Jahre von stark ausschlaggebender Bedeutung. Infolgedessen spielen bei der politischen Beurteilung der Sachlage die Steuern und die Soziallasten eine wichtige Rolle. Viele badische Industriearbeiter sind auf dem Lande angeheiratet; sie haben eine kleine Landwirtschaft und Hausbesitz und empfinden daher die Last der Gebäudeversicherung bei der Berücksichtigung der Tatsache, daß der größere Teil der Landwirtschaft von dieser befreit ist, besonders hart. Andererseits wirkt der von der Kommunistischen Partei Deutschlands gegen die Sozialdemokratie so ungeschicklich geführte Kampf auf die Arbeiterchaft in den Industriestädten nicht minder lähmend.

Geht man an das Wahlergebnis nach dem Prinzip der anteilmäßigen Beteiligung heran, dann gestaltet sich für die Sozialdemokratische Partei das Wahlergebnis günstiger. Der prozentuale Anteil der sozialdemokratischen Wahlstimmen an den insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen gestaltete sich im Landesparlamentarischen Wahlkampf bei der Dezemberwahl 1924 auf 12,6 Prozent und dieser Anteil stieg bei der Maiwahl 1928 auf 15,3 Prozent. Im Landesparlamentarischen Wahlkampf Freiburg liegt der sozialdemokratische Anteil von 15,9 Prozent bei der Wahl 1924 auf jetzt 18,6 Prozent. Der Karlsruher Bezirk konnte seinen Anteil von 22,9 Prozent auf 26,2 Prozent steigern. Obwohl hier der starke Ausfall sozialdemokratischer Wahlstimmen im Bezirk Wörzheim das Bild verschlechtert. Damit ist der sozialdemokratische Anteil im Bezirk Karlsruhe über jenen im Bezirk Mannheim hinaus gestiegen. Dieser betrug bei der Dezemberwahl 1924: 23,6 Prozent. Er stieg bei der jüngsten Wahl auf 25,1 Prozent.

Im Landesdurchschnitt belief sich der prozentuale Anteil der sozialdemokratischen Stimmen an den gesamten gültigen Stimmen bei der Maiwahl 1924 auf 15,2 Prozent und bei der im Dezember 1924 stattgefundenen Wahl auf 19,9 Prozent und bei der diesjährigen Reichstagswahl auf 22,5 Prozent. Es zeigt sich hier also ein langsamer, aber immerhin ein stetiger Fortschritt. In den Städten des Landes liegt der prozentuale Anteil der sozialdemokratischen Stimmen am Gesamtwahlergebnis ganz allgemein. Nur in der Stadt Wörzheim sank er von 30,4 auf 28,6 Prozent zurück. Er stieg in Karlsruhe von 27,1 auf 33,8 Prozent und hat damit die sozialdemokratische Anteilshöhe in der Stadt Mannheim, die sich anno 1924 auf 31,3 Prozent und auf der jüngsten Wahl auf 33,6 Prozent belief, überholt. In Freiburg konnte die Partei ihren Stimmenanteil von 17,6 auf 21,6 Prozent steigern. In Schopfheim von 17,9 auf 22 Prozent, in Lörzach von 17 auf 23,7 Prozent, was überhaupt im Duenwald bei der diesmaligen Wahl ein allgemeiner Fortschritt festgestellt werden konnte.

In einer Mannheimer Parteiversammlung sah man als Ursache für den weniger günstigen Ausfall der Reichstagswahl u. a. die Landespolitik an. Man verwies zwar nicht grundsätzlich die Beteiligung an einer Regierungskoalition; diesbezügliche Bedenken aber habe sich nicht zu Gunsten der sozialdemokratischen Wahlbeteiligung gestaltet. Auf dem Arbeiter-Wahlfabrikstag sprach der Landessekretär der Partei davon, man müßte bei der Einstellung des Zentrums zur Landespolitik die Frage aufwerfen, ob die Sozialdemokratie noch länger in der Regie-

runge bleiben könne. Demgegenüber stellte der Genosse Kemmle

gestern abend die Gegenfrage, ob denn bei der diesmaligen Wahl etwa das Zentrum besondere Früchte seiner Politik im Lande gewonnen habe und ob irgend eine andere Partei günstiger abgeschnitten habe, wie die Sozialdemokratie. Legt man das Wahlergebnis auf das Landtagswahlergebnis um, dann würde die Veränderung im Landtag der Sozialdemokratischen Partei keine Schlappe gebracht haben. Die Sozialdemokratie hätte 20 Sitze statt bisher 16, die deutschnationalen 7 gegenüber bisher 9, das Zentrum 30 gegenüber 28, die Volkspartei 8 statt 7, die kommunistische Partei 6 gegen bisher 4, die Demokraten bleiben bei 6 Sitzen, die Wirtschaftspartei erhöhe 3 statt bisher 2. Neu kämen in den Landtag die Nationalsozialisten mit 2, die Christlichen Bauern mit 1 und die Aufwärtler mit einem Vertreter. Der Landtag würde jetzt allerdings 84 statt bisher 72 Abgeordnete haben.

Wenn man die Wählergebnisse in den einzelnen Provinzen des Deutschen Reiches für die Sozialdemokratische Partei durchschaut, dann findet man, daß in jenem Teil des Reiches, in welchem die Sozialdemokratie noch jungfräulichen Boden hat, der Gewinn am höchsten ist. Die z. B. auf Berlin geleiteten Hoffnungen haben sich nicht erfüllt und vor allen Dingen sind Gegenden mit starker Arbeitslosigkeit immer für die Kommunistische Partei erlösende wie für die Sozialdemokratie. Das Land Baden ist versandt geworden; der monatlich durch das Landesarbeitsamt mit Bürttemberg geleitete Bericht über die Arbeitslosenverhältnisse zeigt, wie trotzdem die Lage für die Arbeiterschaft in Baden noch ist. In dieser Richtung ist insbesondere Unterbaden ein starker Brennpunkt. Neben der parteigenösslichen „Volksstimme“ läßt dort die kommunistische „Arbeiterzeitung“ auf die Arbeiterschaft ihren Einfluß aus. Letzteres Organ kennt im Wesentlichen nur den Kampf gegen die Sozialdemokratie und gegen die an exponierter Stelle stehenden Genossen der SPD. Tatsächlich lassen sich hier Uebertreibungen und Unrichtigkeiten in der Berichterstattung und häufig auch bewußte Fälschungen nachweisen. Ihr gegenüber verhält sich in der Abwehr gegen solche Angriffe die „Volksstimme“ sehr zurückhaltend.

Im Wahlkampf hand schließlich auch mancherorts die Wahlagitation allsehr auf Film und Revue. Wenn dann gar noch, wie in dem Kampf mit Arbeiterschaft durchgeführten Kampf Wörzheim die Parteiorganisation vernachlässigt ist und wenn verbotliche Abneigungen den Geist der Kameradschaft erstören, dann bleiben bei der Wahl die Folgen nicht aus. Natürlich bedeutet die Teilnahme an einer Regierung immer eine Belastung für die Partei. Nicht minder aber besteht diese Belastung für unsere Parteimitglieder auf den Rathhäusern. So hat sich z. B. beim letzten Wahlkampf die infolge der allgemeinen Wohlfühlungsmaßnahmen im Reich und im Lande ausbreitende Besoldungserschöpfung für die Gemeindegemeinschaften für die Partei unheilvoll bemerkbar gemacht. Derartige Belastungen könnte sich die Partei auch dann nicht entziehen, wenn sie in der Opposition läge, es sei denn, sie würde genau wie die Kommunistische Partei ihre Agitation mit demagogischen Mitteln betreiben und gerade Ansprüche der Beamten des Wählerlooses wegen in die Wege schlagen. Die Sozialdemokratie als große Partei wird immer nach den Gegebenen der Benutzung handeln müssen, gleichviel ob sie Regierungsverantwortung trägt oder nicht. Ein Abschneiden der Last der Regierungsverantwortung in Baden als Folge des Ausfalls der Reichstagswahl käme einer Politik der Verdrängerung gleich. Dies wäre eine schlechte Politik und durch sie könnten weder Organisationsmängel der Partei noch eine unzulängliche Wahlagitation ausgemerzt werden. Wie wenig selbst die ungeschickteste Agitationspolitik nicht, das beweist das Wahlergebnis der SPD in Baden. Diese Partei machte bei der Dezemberwahl 1924 64 952 Stimmen und sie brachte es jetzt auf 68 808. Ihr Gewinn im Lande ist also nur 1856 Stimmen. Im Bezirk Mannheim dagegen vermehrte sie ihre Stimmenzahl von 18 400 auf 22 159 und in der Stadt Mannheim von 14 700 auf 18 472 zu steigern. Es ergibt sich hier ein Gewinn der SPD im ersten Fall von 3959 Stimmen und im zweiten Fall nur von 3772 Stimmen. In der Stadt Karlsruhe hingegen konnte die SPD ihre Stimmenzahl nur um 444, von 4797 auf 5241 steigern und im Bezirk Karlsruhe gar nur um 301 Stimmen und zwar von 7 548 auf 7847. Noch auffälliger für die Unfruchtbarkeit schrankenloser Serrentreue der Sozialdemokratie ist das Wahlergebnis der SPD in der Stadt Lörzach. Dort multierte sie im Mai 1924 5035 Stimmen, im Dezember 1924 4 219 und im Mai 1928 nur noch 3445.

Das Arbeiter- und Bauernproblem in Baden bedarf einer anders gearteten Agitation und Politik

und es erweist sich hier wie nirgendwo sonst als ein Grundfehler jeder Politik, wenn man in Rücksicht auf die Taktik und auf Wahlerfolge nicht ehrlich und stark zu der nun einmal sich notwendig ergebende aus der Koalitionsverantwortung ergebenden Politik steht. Wollte man eine andere Theorie für richtig halten, dann müßte die Partei es auch im Reich ablehnen, sich an der

Regierungsbildung

zu beteiligen. Unsere Parole während des Wahlkampfes aber war: Deran an die Staatsmacht, Sturz der Bürgerblockregierung! Es würde einen schlechten Eindruck machen, wenn wir ab dem Grund und von der Verantwortung entziehen würden. Wir müssen uns bemühen, eine Regierung aufzubringen, ein Scheitern durch die Schuld der Sozialdemokratie könnte nicht verantwortet werden. Die Garantie für eine erfolgreiche Landespolitik liegt in den Augen Englands, Amerikas und Frankreichs die Sozialdemokraten. Alle Bemühungen der Sozialdemokratie zur Regierungsbildung sind bisher gescheitert und zwar durch die Schuld der Deutschen Volkspartei. Diese Partei war immer noch das Sprengpulver der Regierung. Und dies deshalb, weil die Deutsche Volkspartei nicht ehrlich auf dem Boden der republikanischen Staatsform steht und ein großer Teil der Deutschen Volkspartei lieber mit den deutschnationalen regieren will. Die Deutsche Volkspartei will auch nicht ehrlich den sozialen und demokratischen Staat aufbauen.

In weiten Kreisen läßt man Kritik an dem schwebenden Gang der Regierungsbildung. Es muß berücksichtigt werden, daß eine Regierung mit doulendem Bestand ansutreten ist. Es müssen noch Schwierigkeiten ausgemerzt werden, ehe die zuständigen Fraktionen des Reichstags für die Teilnahme an der Regierung ihre Zustimmung geben können. Wir haben eben in Deutschland keine parlamentarische Tradition wie in Frankreich, wo die Parteien nicht über festgestellte Organisationsverträge verfügen und es deshalb der Regierung immer andenk gestellt bleibt, sich von Fall zu Fall im Parlament eine Mehrheit zu suchen. In England liegen die Verhältnisse noch einfacher. Dort überläßt man in der Regel einer Partei die Bildung der Regierung und in den nordischen Staaten geht man selbst soweit, daß man einer Minoritätspartei die Regierungsgewalt ausüben läßt. Eine solche Regierung wird auch erst dann gestürzt, wenn sich eine andere Partei stark genug erhebt und bereit gefunden hat, an deren Stelle zu treten.

Die Verhandlungen zwischen den Parteien im Reichstag haben nun auf dem Gebiet der äußeren Politik ganz allgemein an einer Verständigung geführt. Aber auf dem Gebiete der Innenpolitik hiesigen Differenzen vor, so auf dem Gebiet der Handwerkspolitik. Dann bestehen vor allen Dingen Differenzpunkte hinsichtlich der Aufstellung eines „Solortrogramms“. Die bürgerlichen Parteien wollen nicht auf die Forderung der Erhöhung des Existenzminimums für die Einkommenssteuer und auf die Durchführung der Verzehrsteuer eingehen. Diese Frage muß aber bereinigt werden vor der Regierungsbildung. Ebenso steht es mit der sozialdemokratischen Forderung auf Abschaffung der Vermögenssteuer von 41 Millionen, welche die alte Regierung unterlassen hat. Ganz unbedenklich für die Sozialdemokratie ist die Forderung der Deutschen Volkspartei auf Abbau der Wohnungswirtschaft. Dem Antrag

dieser Partei, die Haussteuer nur für den Wohnungsbau zu verwenden, stimmt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zwar nicht ab, aber sie lehnt es ab, daß auch der private Wohnungsbau durch die Unterfütterung, um die freie Mietzinsbildung einzuführen. (S. 1. 1. 1.) Die Ratifizierung des Washington-Abkommens zum 1. August 1928 durch Deutschland, ohne daß England Gleiches tut, die Volkspartei ebenfalls nicht zuzustimmen. Auch besteht noch Uebereinstimmung in der Frage der Vereinbarung der Parteien Differenzpunkte. Wegen des Abbaues der Zölle bestehen noch Differenzen; bis jetzt wurde über den Abbau der Industriezölle eine Verständigung erzielt, wegen der Schaffung eines internationalen geographischen Instituts zwischen diesen und der Sozialdemokratie. Schließlich bestehen zwischen diesen und der Sozialdemokratie die Ratifizierung der Regierungserklärung in der Frage des Reichshausgesetzes gleichfalls Meinungsverschiedenheiten. Wegen der sofortigen Abschaffung der Todesstrafe und wegen der Annahme der Frage, wie auch wegen der Frage der Schaffung eines Pensionengesetzes konnte gleichfalls eine Uebereinstimmung noch nicht erzielt werden. Pensionen über 12 000 M. darf es nicht mehr geben. (S. 1. 1. 1.) Zwei große Fragen sind jedoch die geographische Differenzpunkte. Am 11. August als Verfassungstag, — die Deutsche Volkspartei und das Zentrum wollen davon nichts wissen — und vor allen Dingen wegen des Baues eines Panzerkreuzers. Dem Antrag der Volkspartei, der Reichspräsident und der Reichswehrminister sollen die Regierung gebildet werden. Wie es nun weiter gehen wird, weiß kein Mensch. Wenn heute keine Verständigung zustande kommt, dann wird Genosse Müller seinen Antrag zurückgeben müssen. Wenn es keine Verständigung auftritt, um eine Einigung herbeizuführen, so haben wir die Forderung der Deutschen Volkspartei, daß sie in die preußische Regierung aufgenommen wird. Sie wollen ja schon einmal in der preußischen Regierung und haben dort auch als Sprengpulver gewirkt.

Was aber nun tun, wenn keine Regierung mit der Sozialdemokratie zustande kommt?

Wenn wir in den nordischen Staaten eine Minoritätsregierung möglich wäre, die sich für ihre Gehehe eine parlamentarische Mehrheit sucht, so könnte die Frage bald gelöst werden. Dies würde allerdings bedingen, daß die bürgerlichen Parteien sich dementsprechend gegenüber der Sozialdemokratie anders einstellen müßten. Eine Regierung der Mitte dürfte wohl auf schwachen Füßen stehen und würde in Deutschland.

Die Wahlen haben eben keine Mehrheit für die Weimarer Koalition gebracht, daran liegt der Fehler. Die Sozialdemokratie hat nur ein Interesse an einer Regierung von langer Beständigkeit. Die Sozialdemokratie und die Unterhändler konnten nicht anders verfahren wie es geschehen ist. Wir haben den alten Willen gezeigt, wir wollen eine Regierung mit einem linken Programm. Ein offenes christliches Panier, was aber die mit Hochmut vollkommene Deutsche Volkspartei nicht will. In das Reich der Zustimmung aller Parteien und in Deutschland. Stimmlicher Beifall setzte nach der Rede des Gen. Kemmle ein und als der Vorsitzende dem Referenten dankte, entsprach er vollständig dem Willen der Versammlung.

Die Diskussion

An ihr beteiligten sich die Genossen Kungel, Haebler und Fries. Sie sind alle mit der Taktik der Partei bzw. des Gen. Müller in der Frage der Regierungsbildung einverstanden. Haebler vertritt in manchen Punkten bezüglich des Wahlausfalles eine andere Auffassung wie der Referent. So glaubt er, daß der Wahlausfall der Sozialdemokratie in der preußischen Verwaltung zurückzuführen ist. In der Landwirtschaftsfrage dürfte man auch die bürgerlichen Kräfte und ihre Bedeutung nicht übersehen. Nicht die Verhandlungen seien das Ausschlaggebende zum Wahlerfolg, sondern u. a. die Presse. Redner bezieht noch Koalitionsfragen an die Wähler, wobei er vom Standpunkt der Mannheimer Genossen abdriftet. Auch Gen. Fries ist bezüglich des Wahlausfalles anderer Meinung wie der Referent. Er meint, daß eine andere Politik der Partei einen noch größeren Erfolg gebracht hätte. Er läßt u. a. Kritik an verschiedenen Gemeindefunktionen und ist des weitestgehenden Meinung, daß die SPD an die niedersten Instanzen der Arbeiterschaft appelliere.

Zum Schlußwort

ging Gen. Kemmle auf persönliche Einwendungen der Parteimitglieder ein und stellte sie richtig. Bezüglich der Bemerkung über den starken Einfluß der Sozialdemokratie in der preußischen Verwaltung gab er eingehende Aufklärung und betonte u. a. den Verbleib der preußischen Verhältnisse nicht mit den badischen Verhältnissen. Die Sozialdemokratie in der preußischen Verwaltung würde auch das Baden Preußen nicht nachstehe. Bei all diesen Fragen müsse man immer die Frage stellen: Wie farf sind wir in Baden! Zum Schluß debatierte er sich noch einmal mit dem Bauernproblem, das zu lösen Sache des ganzen Volkes sein müsse im Interesse der Landwirtschaft und der Kommunisten.

Nach dem Schlußwort des Gen. Kemmle hatte die äußerst interessante und harmonisch verlaufene Versammlung ihr Ende erreicht und mit Worten des Dankes schloß sie der Vorsitzende um 1/2 12 Uhr.

Aus der Stadt Durlach

Reichsarbeiterportia. Die Vorbereitungen zum Reichsarbeiterportia in Durlach sind vollendet, jedoch es eigentlich nur noch notwendig sein wird, auf schönes Wetter zu warten, was bei der wichtigen Wetterlage keine angenehme Aufgabe ist. Es wird erwartet, daß die Gesamtarbeiterchaft Durlachs, ob nun der Vertag der Veranlassung hold oder nicht hold ist, ein Restlos am Rast beteiligt. Es sei nochmals auf die in der Nummer erscheinende Anzeige verwiesen.

Der Berliner Messtisch. Der vor drei und zwei Jahren so großen Erfolg hier aufgetreten ist, wird auch in diesem Messtisch, und zwar am Montag, 9. Juli, in Durlach ein solches Messtisch, werden wir noch Näheres berichten.

Galische Gerichte. Man schreibt uns: Die Gerichte in der Stadt über den Sängerbund Vorwärts Durlach werden nicht werden, veranlassen die Vorstandschaft zu folgender Mitteilung: 1. Der Lokwechsel des Vereins erfolgte nicht auf förmliche Veranlassung des damaligen ersten Vorstandes, sondern Grund verschiedener Differenzen mit dem Wirt selbst, und diesem Verhalten dem Verein gegenüber. 2. Hat der Sängerbund Vorwärts niemals mehr daran gedacht, in sein verfallenes Lokal zurückzukehren, obwohl es nicht einfach war, ein aufwendendes Lokal zu finden. 3. Muß festgestellt werden, daß die Geschäftsleitung das Lokal aus „Alten Revidens“ ausgewählt und vom Wirt auslagert bekommen hat, der herauf sein Wirt zurückzog, ehe der Verein eine Streifenkarte bei ihm abgeholt hatte.

Dem Vorsitzenden im „Führer“ (2. Juni) empfahlen wir, in Zukunft keine Informationen dort einzubringen, wo man nicht aufzuklären, daß man die Hintermänner beinahe greifen kann. Bei dieser Gelegenheit wurden die Freunde und Brudervereine darauf aufmerksam, daß sich das Vereinslokal nicht mehr im „Haus Zum Lamm“, sondern in der Festschänke befindet.

Die Geschäftsleitung des Sängerbundes Vorwärts Durlach

Als rüstiger Hundertjähriger

steht in wenigen Tagen das weltbekannte Haus Heinrich Franz Schöberle in Gm.b.d., Sudwigsburg/Berlin, seinem 100. Geburtstag. Es steht aus diesem ereignisreichen Anlaß nicht nur seine gesamte Mitarbeiterchaft, sondern auch zahlreiche Vertreter der Behörden, des Handels und der Industrie auf dem Weg zu Galle. Bei der Bedeutung der Franz-Schöberle-Fabrik als leistungsfähige Unternehmung nicht nur den Wälden, sondern auch über die Reichsgrenzen hinaus, ist es nicht verwunderlich, daß die deutsche Hausfrau im kommenden zweiten Jahrestag mit „Haus Franz“ und „Kornbrand“ wirtschaftlich zu dienen wie zuvor. Dieser Platz bedeutet gerade das Jubiläum und verleiht damit dem Hundertjährigen eine glänzende Weiterentwicklung des weltbekannten Schöberle zum Nutzen der deutschen Volkswirtschaft.

Karlsruher Chronik

Geschichtskalender

21. Juni: 1783 Erste Volksschule in Rußland. — 1809 "Sozialistischer" Vorführer Wilhelm Wolff. — 1862 "Dichter Johannes Schlegel. — 1872 "Dichter Robert Bruns. — 1870 "Bebel und Liebknecht im Norddeutschen Reichstag gegen den Krieg. — 1895 "Norddeutscher Reichstag. — 1920 "Festreden bei der Reichstagsfeier.

Sommerjonnende

Es ist eigentlich doch gut, daß man mancherlei von seiner Zukunft wieder vergißt, bezw. daß es wenigstens ins Unbewußte hinabrückt. Denn sonst müßte man sehr sehr tagtäglich und nicht gerade mit freudigen Gefühlen denken, daß die liebe Sonne Tag für Tag ihrem für uns höchsten Stand über dem Wendekreis des Krebses zueilt, und sie am 21. Juni erreicht. Höher nach Norden rückt sie nicht mehr, wir haben unsere längsten Tage gehabt. Fast könnte man sagen, die Sonne wende uns leicht schon wieder den Rücken zu, sicher ist jedenfalls, daß sie sich mit jedem Tag mehr nach Norden und dem Süden zuwendet. Gott sei Dank werden wir das erst so im Laufe des August, wo die Dunkelheit schon wesentlich früher hereinbricht, als im Juni. Jedenfalls ist der 21. Juni der Tag, an dem die Sonne in ihrem höchsten Glanz strahlt (wovon wir allerdings bei dem norischen Regenwetter der letzten Jahre meist nichts merken). Ebenfalls ist dieser Tag an und für sich, mag man nun an dem vor ihm liegenden, an den Tagen der größten Sonnenhöhe oder an die kommende Zeit denken, von großer Bedeutung im Jahreslauf und in früheren Zeiten wurde man die Bedeutung noch mehr zu würdigen als heute. Unsere vornehmlichen Vorfahren feierten um diese Zeit das Mittsommernfest als Liebesfest zur Ehre der Freya, der Göttin der Liebe und Ehe. Sehr alt sind ebenfalls auch die zum Teil noch lebendigen Sonnenwendfeuer, das Scheibenschlagen und andere Gebräuche, die zum Teil mit der Feier des Johannisfestes, das nur wenig jünger fällt, verschmolzen.

Schachspiele

Während der Reichs-ArbeiterSportwoche

Während der Reichs-ArbeiterSportwoche fand am Dienstag abend 8 1/2 Uhr im Saal des Kränzleins in der Mühlburg statt. Mühlburg konnte nach hartem, interessantem Kampf mit 3 1/2 x 4 3/4 Punkten den Sieg erringen. Es ist dies ein sehr schöner Erfolg für die Mühlburger, wenn man weiß, daß die Karlsruher eine sehr große Mannschaft abgedacht hatten, die zum großen Teil schon in früheren Jahren bei Wettbewerben mitwirkte.

Umbnennung des U.S.C. Karlsruhe

Das U.S.C. Karlsruhe wurde am 19. Juni umbenannt. Der neue Name lautet "U.S.C. Karlsruhe".

Die Reisezeit

Die Reisezeit hebt an. Da jetzt es nun wieder ein: dieses Verhalten der Heimbefindenden um den abfabreren Karlsruher Mann und die hier möglich geworden ist! Wie freundlich die Worte alle die dem Bahnhofs ins Ohr, vom Coupe auf den Bahnsteig gehen. Der Ehemann verabschiedet sich von der Ehefrau und es ist niemanden ein Zufall zwischen den beiden gegeben zu haben, wenn es an abgebrannten Gläsern und wegen des am Spielplatz verhaltenen Geldes. Die Mutter scheint der Tochter niemals Sucht in Betrugnissen vorzugehen zu haben, auf denen sie ja doch in den richtigen Mann findet. Von den Bräutleuten gar nicht ablassen; sogar die beiden Kompanien sehen sich einmal nicht in den Banen, sondern mindestens Mitleid, an den Heren. So viel Mitleid, soviel Sanftmut, soviel Liebe! Lauter milde Worte, das lächelnde Gesicht!

Zuverlässig war die Züge freundlich etwas gar zu lange in den Augen und es ist zu beobachten, daß die Abschiedsgespräche ein wenig kühler, daß die Wände der Heimbefindenden heimlich an die Bahnstrecke schweifen. Man ist dem Abreisenden ja sehr wohlwollend, wünscht ihm von ganzem Herzen die beste Fahrt und wird gewiß recht sehr vermissen — aber in immer neuen Worten läßt das leider nicht los und schließlich händt das Maß der Wohlwollendheit nicht von der Zeitdauer ab, während der sich die Empfindung unterbricht läßt, daß der unartige Aufschub in dieser unheimlichen Bahnhofshölle nicht zu den Unnehmlichkeiten des Lebens gehört. Aber das sind vorübergehende Dinge. Drei Minuten vor der Abfahrt steht in jedem Falle eine stürmische Gefühlssturm ein. Die ersten Küsse fallen. Die letzten Vermahnungen werden gegeben. Kühnendes vollzieht sich während; Tränen, verweinte Liebesleute, die sich bislang vor einander nicht zu trennen wagten, die wochenlang nebeneinander herangegangen sind, trennen gelassen haben, ohne eine Andeutung zu risieren, die nun auf, da es an den Abschied geht, die festen an zur Seelenerrettung. Die härtesten Wörter werden vaterlich, die verschlossenen Mütter mütterlich. Dann kommt der seltsame Augenblick des Türenausgehens, des Abschieds, des Zuges. Noch kann man neben ihm hergehen — aber schon reißt er sich los, unbarmherzig um zu entfernen.

Malerischer Anblick des großen Luchtschweffens: Eine Kommode von Leberläufern steht in der Bahnhofshalle und gelobt vaterlich, alle kleine Feindlichkeiten, die der Tag mit sich brachte, immer einzuwickeln. Ganzsam entleert sich die Halle. Die Heimbefindenden tropfen aus in das blendende Licht der Straße, zurück ins Leben, wo ein jeder gerade schief auf sein Pferd einschlägt, wo eine Mutter eine kleine Brügge und wo zwei Kabfahrer daran sind, die Schuld einer Karabollage durch müde Schlimmpanaden zu klären.

Geltungsbauer der Sonntagabfahrten an Peter und Paulstag (21. Juni) fällt, wird die Geltungsbauer von 28. Juni bis 30. Juni, mittags 12 Uhr gelösten Sonntagabfahrten ausnahmsweise bis zum Montag, den 2. Juli, 9 Uhr mittags verlängert. Die Rückfahrt muß demnach spätestens am 2. Juli bis 9 Uhr vormittags angetreten werden.

Veranstaltungen

Wannertag. Bei günstiger Witterung findet am Donnerstag, den 28. Juni, um 7 Uhr im Stadion der Volkstheaterhalle unter Leitung von Hauptmannmeister Heiga statt. Konzertabend. Auf den heute im Bürgeraal des Rathauses stattfindenden Konzertabend des Bad. Konservatoriums (Schülerkonzert) sind besonders eingeladen, weil nur moderne Kompositionen, unter hervorragender Beteiligung von Karlsruher Komponisten zur Aufführung kommen. Musiktheater-Gaststätten. Heute abend findet im Theateraal der Colosseum-Gaststätten ein großes Streichkonzert der gesamten Kapelle der Bad. Oper unter persönlicher Leitung des Herrn Obermusikleiters statt. Freunde unter Musik werden in den angenehmen Räumen der Gaststätten finden. Es ist beabsichtigt, diese Donnerstagskonzerte als dauernde Einrichtung beizubehalten.

Schießspielhäuser

Babische Schießspielhäuser. Die feierlichen Feste des Weltbeweiners Navolen waren im Sommer 1801 bis in die entlegensten Winkel der freien Schweiz gedungen. Wie ausgeführt lag das Dorf Brunico. Nur die Gänge Petronella, nach ihrer Schwelgerin genannt, täuschte unaufrichtig, um Hilfe rufend aus Pranienem. Bei dem Besuche, sie in einem florentinischen Berle zu bergen, verfiel aber auch sie mit ihrem Träger in einer Gießschmelze, und damit geht nun alles verkehrt im Dorf. In diese schwere Zeit führt uns der gleichnamige Film, der vom Freitag, den 22. Juni ab im Kongerhaus zur Vorführung gelangt. Die sich an die Geschehnisse jener Zeit anschließenden Bauernsagen sind in der hochdramatischen Spielhandlung mit bester Geschicklichkeit zu prächtigen Bildern zusammengestellt. Immer umrahmt vom Kranz der gemalten Berge, in deren einsamen Hochfluren dies berbe Bestium mit seinen Seitenbüchsen, seiner Kraft und seinem Aberglauben sich abspielt. Und eines Tages läßt das erste Morgenläuten die Dörfer hoch aufhorchen. Aus dem Stodentstuh schwingen sich wie eine die altvertrauten, geliebten und solange schmerzlichen Klänge der Petronella mit silvernem Gestirn weit hinaus ins Land. Neue Männerhände haben sie aus ihrem ersten Grabe gehoben, Frieden und Glück sind wieder eingetroffen. Die Sanftmut der Handlung sind u. a. durch Maly Zschiff, Wilhelm Dietric und Theodor Zoos verstärkt, die mit ihrer darstellerischen Kunst dem Bildwerk eine hohe Eindringkraft gewährt.

Reichs-ArbeiterSportwoche

Heute abend 8 1/2 Uhr auf dem Festhalleplatz Massendorfrühungen aller Sportarten.

Karlsruher Polizeibericht

Verkehrsunfälle

Beim Einbiegen eines Personkraftwagens von der Duzlager Allee in die Georg-Friedrich-Strasse stieß dieser mit einem Motorrad zusammen, weil der Führer des Personkraftwagens die Straßenbreite unterschätzte, anstatt sie in seinem Bogen zu umfahren. Der Motorradfahrer kam zu Fall und zog sich erhebliche Verletzungen am Kopf zu. Er mußte nach dem Städt. Krankenhaus verbracht werden.

Ed. Mariens und Augartenstraße stießen ein Lieferwagen und ein Motorradfahrer zusammen, weil der Führer des Lieferwagens den von rechts durch die Augartenstraße kommenden Motorradfahrer das Vorfahrtsrecht nicht ließ. Das Motorrad wurde von einem Kotflügel des Lieferwagens erfaßt und an den Gehweg gedrückt. Der Fahrer erlitt einen Bluterguß am rechten Fuß. Beide Fahrzeuge wurden beschädigt.

In der Karlsruher beim alten Vinzenzhaus fuhr der Führer eines Personkraftwagens eine öffentliche Pferdewandlung beim Überholen an, so daß die gegen den Bordstein einschleudert wurde. Der Fußler wurde beim Anprall vom Bod heruntergeworfen und verletzte sich am rechten Ellbogen erheblich. Das Pferd fiel mit der Drohke davon und konnte erst in der Rathausstraße von Passanten aufgehalten werden. Drohke und Personkraftwagen sind erheblich beschädigt. Das Pferd erlitt keine Verletzungen.

Gewerkschaftsbewegung

Bendigung des Lohn- und Tariffreitens in den mittelbadiischen Fabrikbetrieben. Die Parteien haben sich vor dem Landesschiedsgericht, Landrat Siehe, in freier Vereinbarung auf der Grundlage des Schiedspruches des Schlichtungsausschusses Karlsruhe vom 19. d. M. geeinigt.

Der stierreichische Gewerkschaftslangsch befahl sich am Dienstag mit dem neuen Statut, das sich die Gewerkschaftskommission gegeben hat. Danach ist die oberste Zentralorg der Gewerkschaft nicht mehr die bisher ein loier Bund der Gewerkschaften, sondern nach deutschem Muster ein Bund der freien Gewerkschaften Österreichs. Der Name soll in Zukunft lauten: "Bund der freien Gewerkschaften Österreichs". Das Statut wurde vom Kongress nach langer Debatte angenommen.

Die Maschinen zum Schiedspruch. In sämtlichen Fabrikbetrieben und Stahlwerken am Rhein haben, wie der Sentenarband der Maschinen und Heier mittell, Versammlungen des Maschinenpersonals stattgefunden, das zu dem Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärten Schiedspruch Stellung nahm. Die Streikenden sprachen den Organisationsleitungen das Vertrauen aus. Sie erwarten von ihnen, daß sie den Kampf zu geeigneter Zeit neu aufnehmen, um die notwendige Lohnerhöhung durchzusetzen.

Der Deutsche Lederarbeiterverband hält dieser Tage in Dresden seinen 19. Verbandstag ab. Die Tagung ist von zahlreichen Delegierten aus allen Teilen des Reiches und vielen Gästen besucht. Der Verbandsvorsitzende Maxler schloß die Tagung in seiner Eröffnungsrede die Entwicklung der Organisation, die sich aus kleinsten Anfängen zu einem starken Verband von fast 40000 Mitgliedern emporgearbeitet hat. Maxler betonte unter harter Zustimmung der Versammlung den engen Zusammenhang zwischen dem gewerkschaftlichen und politischen Willen der Arbeiterschaft und sprach die Hoffnung aus, daß der Verbandstag der Lederarbeiter zur Stärkung und Vereinheitlichung der Arbeiterbewegung beitragen werde. Die Tagesordnung des Verbandes, der bei den Lederarbeitern nur aus drei Parteien besteht, war sehr umfangreich. Auser zahlreichen organisatorischen Fragen enthält sie mehrere Vorträge, so ein Referat des Leiters des Dresdener Lederforschungsinstitutes über "Wissenschaftliche Forschungen in der Lederindustrie und ein weiteres über "Die Wirtschaftspolitik in Deutschland" von Reichstagsabg. Toni Sender.

Der Butab in München

Der Butab, die dem Fabrikangestellene freigewerkschaftliche Einheitsorganisation der deutschen Techniker hält zur Zeit in München ihren sechsten Bundestag ab. Als Auftakt zur Tagung veranstaltete die Stadt München am Samstag in der Ausstellung "Heim und Technik" einen festlichen Empfang. In ihm nahmen u. a. auch der bayerische Sozialminister Oswald und der Sekretär des internationalen Bundes der Privatangestellten, Smil-Amsterdam teil. Bei der Eröffnung des von 90 Delegierten besuchten Kongresses konnte der ehrenamtliche Bundesvorsitzende Wajshom eine außerordentlich stattliche Anzahl von Vertretern und Behörden und der Parliaments begrüßen. Smil-Amsterdam nannte in seiner Begrüßungsansprache den Butab den weitaus bedeutendsten Technikerverband der Welt.

Der Geschäfts- und Rechenschaftsbericht, der den Delegierten vorgelegt wurde, gibt ein überaus erfreuliches Bild freigewerkschaftlicher Tarifarbeit. Der Bericht zeigt, daß der Butab zu den bestverwalteten Gewerkschaften Deutschlands zählt, da er so gut wie keine nichtbetraugenden Mitglieder in seinen Reihen hat. Im einzelnen ist dem Rechenschaftsbericht, der in wirkungsvoller Weise von Ing. Schweiber ergänzt wurde, folgendes zu entnehmen: Die Mitgliederzahl ist seit Mitte 1927 in stetem Vorwärtsschreiten begriffen; sie betrug damals 50414 und am 1. Mai 1928 52830 ordentliche Mitglieder. Zählt man die Jugendlichen und Solpitanen hinzu, so sind es circa 56050. Der auf die Tarifvertragsarbeit bezügliche Abschnitt ist ein vortreffliches Spielbild der Tätigkeit des Butab im Kampfe gegen die Arbeitgeber um den Tarifvertrag überhaupt, um den Arbeitslohn und die Arbeitszeit. Während im Jahre 1925 die für die Rechtschreibverträge zu richtende Tätigkeit 995 Fälle zu bearbeiten hatte, stieg deren Zahl 1928 auf 1209 Fälle. Die in bar erstrittenen Summen liegen von 277500 Mark in der gleichen Zeit auf 437660 und auf 784600 im Jahre 1927. Der Bericht stellt dabei fest, daß zu der erhöhten Inanspruchnahme der Rechtschreibverträge nicht wenig die immer hemmungsloser auftretende Neigung vieler Arbeitgeber zu wirtlichlichen Vertragsbrüchen und unbilligen Kündigungen besonders älterer Anstellter beitrug. Insgesamt wandte der Butab im Krisenjahre 1926 für Unterstützungen, Stellennachweise, Auskünfte und Rechtschutz die gewaltige Summe von 970000 M auf. Trogtum stärkte sich das Vermögen beträchtlich, nämlich von 744759 Mark im Jahre 1926 auf 1029980 Mark Ende 1927.

In dem Ergänzungsbericht Schweibers wurde besonders auf die Traudie älterer Anstellter verwiesen, die gerade bei den Technikern in starkem Maße gegeben ist, da unter den am 1. Mai dieses Jahres noch vorhandenen 183000 arbeitslosen Anstellten nicht weniger als 21000 Techniker gemeldet waren. Die letzte Bundeskonferenz zeigt, daß rund 50 Prozent der als heillos gemeldeten Bundesmitglieber das 40. Lebensjahr überschritten hatten und die Mehrzahl davon außerdem länger als zwei Jahre ohne Stellung war. Die bei der sogenannten Frühjahrslohnbewegung in diesem Jahr erreichte Erhöhung der Tarifgehälter beträgt im Durchschnitt 8 Prozent; sie ist aber bereits wieder in Gefahr, durch die drohende Preiserhöhung für Kohle und Eisen und der Eisenbahnkarrie. Scharfe Kritik übte der mündliche Ergänzungsbericht des Vorstandes an der neuen Arbeitszeitordnung, die eine solche Fülle von Ausnahmen vom Achtstundentag zulasse, daß von einem gesetzlich geschützten Achtstundentag in Deutschland vorläufig keine Rede sein könne.

Die sehr rege Aussprache über den Geschäftsbericht mündete in eine Vertrauensstunde für den Bundesausschuß aus. Infolgedessen wurden auch die vom Vorstand vorgelegten Entschleunungen einstimmig angenommen. Die erste fordert auf dem Gebiet der Gewerkschaftsarbeit, daß die Grundbesitzer oder ihre Beauftragten die alleinige Verantwortung tragen, wenn sie ohne Wissen oder trotz gegenteiliger Auffassung der unmittelbar verantwortlichen Aufsichtspersonen in den Betrieb eingreifen, ferner besonders arbeitsrechtlichen Schutz vor allem Abhängigmachung der Entlassung von der vorherigen Zustimmung des Arbeitsgerichts. Die zweite Entschleunung erwartet von der neuen Reichsregierung die baldige Vorlage eines neuen Arbeitszeitgesetzes, das u. a. den Achtstundentag und die 45-Stundenwoche als Grenze der regelmäßigen Arbeitszeit festsetzt. Die beiden übrigen Entschleunungen fordern Gleichstellung der technischen Angestellten mit anderen Angestelltengruppen, baldige Vorlage eines einheitlichen Arbeitsvertragsgesetzes und Neuregelung des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes, um Ansporn und Entfaltung der Erfindertätigkeit zu geben. Im Schluß des ersten Verhandlungstages sprach Albert Pevs über die Zukunft des technischen Bildungswesens. Er beleuchtete den ungeheuren Zufluß zum technischen Beruf, der schon seit Jahren zur Aufnahmefähigkeit für technische Arbeitskräfte in einem trafen Mißverhältnis steht.

Briefkasten der Redaktion

Gedendelheim. Ein derartiges Gesetz hat es noch nie gegeben, sondern derartige Verfügungen beruhen auf freier Vereinbarung.

A. W. D. 1. Wenn nichts anderes vereinbart, gilt der jeweilige Reichsbankdiskontsatz. Ist das Erbeil als Bonothet eingetragen, dann gelten die Zinssätze für Hypotheken und zwar vom 1. 1. 25 bis 30. 6. 25 1,2 Prozent, vom 1. 7. bis 31. 12. 25 2,5 Prozent, vom 1. 1. 26 ab 3 Prozent, vom 1. 1. 28 ab 5 Prozent. 2. Das Erbeil können sie vierteljährlich kündigen.

Reichenbach. Wenn mindestens 2 Wochen Kurarbeit in Betracht kommen und der Verdienstausfall mindestens ein Drittel ausmacht, fällt die Karenzzeit weg.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Begräbnisse. 18. Juni: Friedrich Kaumann, Witwer, Privatier, alt 81 Jahre. Begräbnis am 20. Juni, 13.30 Uhr. 19. Juni: Karl Göb, ledig, Metzler, alt 49 Jahre. Anna Weib, alt 74 Jahre, Ehefrau von Hubert Weib, Hilfsarbeiter (in Mühlburg).

Für die Reise den 4389 Coupékoffer Rucksack Cabinenkoffer nur von Gelchwitler Lämle 34Kronenstr. 51

Umzüge Umzugszüge von Rudolf Schwarz Rattenstr. 111, Tel. 6514 Berrenstr. 6, Tel. 4170

Schlafzimmer in Birke, Nußbaum, Eiche und lackiert zu 475.- 550.- 675.- 750.- Möbelhaus M. Kohn Mühlstraße 22 (neben Colosseum) Gegründet 1875

Advertisement for Schwarzkopf-Schaumpon hair cream. Includes images of women with styled hair and a man. Text: "Schönes Haar jedes Jahr! Verehrt und bewundert werden hier beide, die Blonde und die Dunkle. Denn beide haben schönes Haar — weiches, seidiges, lockeres Haar! Mädels, erhaltet Euch Euer schönes Haar! Wascht es jede Woche mit dem milden Schwarzkopf-Schaumpon. Weiße Packung 20 Pfennig; „Extra“ Packung mit Dauer-Parfüm 30 Pfennig. (Sorte „hell“ für blondes, Sorte „dunkel“ für dunkles Haar.) Auf „Schaum“ kommt es an!

Größer

Lebensmittel-Verkauf

Hochwertige Qualitäten. Niedrige Preise.

Table listing various food items and their prices, including Salamiwurst, Cervelatwurst, Kalbsleberwurst, etc.

KNOPF

PFERDERENNEN

DES KARLSRUHER RENNVEREINS
Sonntag, den 24. Juni, nachmitt. 2.30 Uhr, auf den Wiesen bei Klein-Bäppurr...

Schreibmaschine

fabrikneu, Markenmodell, mit 35% unter Preis. Offerten unter Nr. 4463 an das Volksfreundbüro erbeten.

Pfannkuch

Abtschlag!

Weitere Waggon Italiener Kartoffeln 3 Pfund 35 Pfg. Zwiebeln 3 Pfund 45 Pfg. Matjes-Heringe 3 Stück 35 Pfg. Pfannkuch

Neu eingetroffen Ein Posten Sommer-Herren-Anzüge...

FÄRBER Karlsruhe Gelegenheits-Verkäufe Kaiserstr. 109 im Hof 4506

Dr. med. Otto Bloos zurück
Friedenstr. 3 Telefon 2366
Vorm. 10-12 Uhr Nachm. 3-5 Uhr Sprechstunden 1183

KAMMER

Lichtspiele Kaiserstr. 168
Nur noch bis einschließlich Freitag tägl. 4, 6 1/2, u. 9 Uhr
STUART WEBBS in seinem besten Abenteuer- und Detektivfilm
Das Panzergewölbe!
Neu herzustellen mit Imogene Robertson, E. K. Tietz, J. Riemann und Ernst Reichert...

Colosseum * Theater-Saal

Donnerstag, den 21. Juni 7 1/2 Uhr abends
Großes Streichkonzert der gesamten Bad. Polizei-Kapelle
Leitung: Obermusikmeister Heisig
Eintritt frei!
Tischbestellungen - Telefon 933 4565 erbeten

STADTGARTEN

Samstag, den 23. Juni, von 20-23 Uhr:
Johannisteyer
Bengalische Beleuchtung des Sees und der Anlagen Lamplenschmuck des Gartens u. der Boote...

Farben, Lacke etc. gebrauchsfertig
für Anstriche aller Art vorteilh. i. Farbenh. Hans Waldstr. 15, b Colosseum

Beschlagnahme aufgehoben

WIR BIETEN AN
Dr. Max Hodann
GESCHLECHT UND LIEBE
in biologischer und gesellschaftlicher Beziehung. Das Werk Hodanns deutet die Beziehungen der Geschlechter zu einander...

10 Mk. in Leihen. Zahlungsverleichterung
Buchhandlung Verlagsdruckerei Volksfreund
Waldstr. 28, Fernruf 7020 und 7021

Hochsommer-Hüte

für Damen u. Kinder
Ein Spezial-Angebot von ganz besonderer Preiswürdigkeit

Table listing various hats and their prices, including Ein gr. Posten garn. Damenhüte, Ein Posten Rabanas-Exoten, etc.

TIETZ

Badische Lichtspiele

Konzerthaus
Heute 20.15 Uhr letzte Vorstellung
„Zirkus Pat und Patachon“
Freitag, den 22. bis Donnerstag, den 28. Juni, jeweils 20.15 Uhr...

Petronella

(Rivalen der Berge)
Eine Episode aus dem Leben des Schweizer Volkes zur Pfingstrosenzeit (1801) nach dem gleichnamigen Roman von Joh. Jegerlehner
In den Hauptrollen: Mayi Detschaff, Wilh. Dieterle, Theod. Lenz

Vierordtbad

sind die Wannenbäder, Dampf- und elektrischen Lichtbäder und Kurbäder
867

GEÖFFNET

Nur die Schwimmhalle da selbst ist bis 2. Juli geschlossen

August Bimmler

Schreinermeister - Karstr. 45
empfeht sich zur Ausführung aller
Schreiner- u. Glaserarbeiten
bei billigster Berechnung

Arbeiter, Angestellte und Beamte

Arbeiter, Angestellte und Beamte
sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschafts-Kongresses der Gewerkschaftstage, des Allgem. freien Angestelltenbundes u. des Allgem. Deutschen Beamtenbundes nur verbinden bei dem eigenen Untersuchmen der
Volksfürsorge
Gewerkschaftlich - Gewerkschaftliche Berufungs - Attiengesellschaft
Auskunft erteilt besw. Material bereit den folgendes die Redaktionsstellen: Karlsruhe Schützenstraße 16, in Wehrh.: Franz Peter, Blumenstr. 1; in Offenburg Karl Wiegels, Wilhelmstraße 10; oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg & in der Älter 58.09.
Tätige Mitarbeiter allerorts dauernd gesucht.

Vertical text on the far right edge of the page, partially cut off.